



**Jahresbericht der  
Staatsbauverwaltung**

**2011**



#### Titelbild

Kuppelmontage auf der höchsten Baustelle Bayerns. Das Wendelstein-Observatorium der Ludwig-Maximilians-Universität München erhielt 2011 ein vollautomatisches Hochleistungsteleskop, für dessen Unterbringung die Staatsbauverwaltung auf 1.838 m über NN ein neues Teleskopgebäude errichtete.

**Jahresbericht der  
Staatsbauverwaltung**

**2011**





Wir in Bayern können Zukunft gestalten heute und morgen. Das ist die Philosophie unserer Strategie „Aufbruch Bayern“. Unser Gestaltungswille drückt sich gewiss nicht nur in Bauten aus. Für die Zukunft unseres Landes spielt das Bauen jedoch eine maßgebende Rolle.

„Gestalten für alle“ ist das Querschnittsthema des diesjährigen Jahresberichts der Bayerischen Staatsbauverwaltung. Es zeigt besonders anschaulich, dass für uns der Mensch im Mittelpunkt steht. Weitere Schwerpunkte beziehen sich auf die Handlungsfelder Energieeffizienz und demographische Entwicklung. Wohnungswesen und Städtebau, Hochbau und Straßenbau arbeiten gemeinsam daran, unsere anspruchsvollen Ziele in die Tat umzusetzen. Die vielfältigen Herausforderungen verlangen vorausschauende Planung und entschlossene Umsetzung. „Aufbruch Bayern“ heißt, dass wir alle diese Herausforderungen aktiv angehen wollen.

Die Staatsbauverwaltung erfüllt Aufträge des Bundes, des Bayerischen Landtags und der Bayerischen Staatsregierung. Sie hilft den Landkreisen und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie arbeitet mit kleinen und großen Akteuren der Privatwirtschaft zusammen. In letzter Konsequenz aber will sie den Menschen in unserem Land Bayern gut und wirksam dienen. Damit Sie uns an diesem Anspruch messen können, informieren wir Sie, unsere Leser, und mit Ihnen die breitere Öffentlichkeit so umfassend und anschaulich wie möglich. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine ebenso angenehme wie fruchtbare Lektüre.

Joachim Herrmann  
Mitglied des Landtags  
Bayerischer Staatsminister  
des Innern

Gerhard Eck  
Mitglied des Landtags  
Staatssekretär im Bayerischen  
Staatsministerium des Innern



Unsere Organisation - Unsere Aufgaben	6
Mehr denn je - Qualität zählt	8
40 Jahre Städtebauförderung	10
Gestalten für alle - ein neuer Denkansatz	12
Hochbau	18
Recht, Planung und Bautechnik	26
Wohnungswesen und Städtebauförderung	34
Straßenbau	42
Zahlen und Daten	50
Aktuelle Veröffentlichungen	66
Abbildungsnachweis	68
Impressum	69

**Unsere Organisation – Unsere Aufgaben**

**Bayerisches Staatsministerium des Innern**

**Staatsminister**

**Staatssekretär**

**Amtschef**

**Allgemeine Innere Verwaltung - Leiter**

**Zentrale Angelegenheiten**

**Verfassung und Staatsverwaltung**

**Kommunale Angelegenheiten**

**Öffentliche Sicherheit und Ordnung**

**Brand-/ Katastrophenschutz, Rettungswesen, Staatsschutz**

**Oberste Baubehörde – Leiter**

**Zentrale Angelegenheiten**

Gemeinsam für alle vier Fachsparten optimieren wir ständig unsere Organisation, die vom Ministerium über die Mittelbehörden zu den Bauämtern und Meistereien reicht, und managen einen Personalkörper mit ca. 10.000 Köpfen. Wir setzen jährlich ca. 4 Milliarden Euro an Bundes- und Landesmitteln um und nehmen zentrale Kompetenzen im Vergabewesen, in der Aus- und Fortbildung, in der Informationstechnik und in der Landschaftspflege wahr.

**Staatlicher Hochbau**

Wir planen und steuern alle Bauaufgaben für die Landesressorts, den Bund, die NATO, die Gaststreitkräfte und andere Bauherrn in Bayern und unterhalten rund 28.000 Gebäude in ca. 7.000 Liegenschaften. Im Jahr 2011 haben wir dabei insgesamt über 1,5 Milliarden Euro für Land und Bund umgesetzt. Darüber hinaus wirken wir an mit staatlichen Mitteln geförderten Bauvorhaben wie Schulen oder Krankenhäusern privater und kommunaler Bauherrn beratend mit.

**Recht, Planung und Bautechnik**

Wir erarbeiten nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen des Bauens (z.B. Bayerische Bauordnung, Baugesetzbuch), sondern sind auch für alle damit zusammenhängenden städtebaulichen und bautechnischen Themen zuständig. Gleichzeitig betreuen wir alle Rechtsfragen aus den Bereichen des staatlichen Hochbaus und Straßenbaus.

**Wohnungswesen und Städtebauförderung**

Mit einem Fördervolumen von jährlich rund 400 Millionen Euro erzielen wir aufgrund hoher Multiplikatoreffekte ein jährliches Bauvolumen von mehr als 1 Milliarde Euro. Wir beteiligen uns an der Weiterentwicklung des Bundes- und Landesrechts im Wohnungswesen. Mit der Förderung von Modellvorhaben zeigen wir neue Wege auf.

**Straßen- und Brückenbau**

Wir planen, verbessern, erhalten und betreiben die überörtliche Straßeninfrastruktur in Bayern. Diese umfasst ein Netz von 25.500 km Straßen mit rund 14.000 Brücken, 58 Tunneln und über 5.800 km Radwegen. In den Ausbau und den Erhalt des Autobahn-, Bundesstraßen- und Staatsstraßennetzes investieren wir jährlich mehr als eine Milliarde Euro. Kommunale Straßenbauprojekte fördern wir zudem mit etwa 200 Millionen Euro pro Jahr.



Näher am Kunden – Unsere Präsenz vor Ort





## Mehr denn je: Qualität zählt

Wir haben uns allzu sehr daran gewöhnt, Erfolg an ständig wachsenden Zahlen zu messen. Verkaufsrekorde, Einschaltquoten und Börsenkurse bestimmen unsere Wahrnehmung und nicht selten auch unser Handeln. Langsam verbreitet sich jedoch die Einsicht, dass wir „qualitatives Wachstum“ brauchen. Nicht nur die demographische Entwicklung, die Energiewende und der Klimawandel, auch die Konsolidierung der staatlichen Haushalte verlangen eine Überprüfung und Weiterentwicklung bestehender Strukturen und Standards. Die Bayerische Staatsregierung erarbeitet deshalb unter Federführung des Umweltministeriums eine Nachhaltigkeitsstrategie. Diese soll dazu beitragen, die hohe Lebensqualität im Freistaat dauerhaft zu erhalten. Der Deutsche Bundestag hat im Dezember 2010 eine Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“ eingesetzt, die in die gleiche Richtung denkt. Welche zentrale Rolle dem Bausektor und der Bauverwaltung in diesem auf Qualität gerichteten Veränderungsprozess zukommt, will ich unter fünf Aspekten anhand praktischer Beispiele zeigen.

### Ökonomische Qualität – Intelligent Sparen

Um angesichts des knappen Finanzrahmens im Straßenbau die größtmögliche Breitenwirkung zu erzielen, müssen wir beim Ausbau bestehender Straßen den jeweils passenden Standard finden. Die vor kurzem von einer Arbeitsgruppe vorgelegte Broschüre „Kostenbewusstes Planen und Bauen“ unterstützt die Planer dabei, wirtschaftliche und situati-

onsgerechte Lösungen zu entwickeln mit dem Ziel einer deutlichen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an möglichst vielen Strecken. Dies können auch Lösungen unterhalb des von den technischen Richtlinien vorgegebenen Ausbaustandards sein, wenn dabei die Verkehrssicherheit gewährleistet und eine ausreichende Verkehrsqualität erzielt werden.

Bei der Aufstellung des 7. Ausbauplans für die Staatsstraßen haben wir alle erwogenen Projekte nach bayernweit einheitlichen und objektiven Kriterien bewertet. Wir haben den Projektnutzen, z.B. durch Verbesserung des Verkehrsflusses, in Form von Geldbeträgen ermittelt und den Investitionskosten gegenübergestellt. Das Bewertungsverfahren umfasste als weitere, nicht monetäre Komponenten eine Umweltrisikoeinschätzung und eine Raumwirksamkeitsanalyse. Aufgrund der Ergebnisse aller drei Analysen ergab sich eine schlüssige Reihung der Prioritäten. Da nicht für alles, was wünschenswert wäre, Geld da ist, packen wir zuerst die Projekte an, mit denen wir in der Summe den größten Nutzen erzielen.

### Ökologische Qualität – die Ressourcen schonendes Bauen

Die Bayerische Staatsregierung hat mit ihrem Beschluss vom Juli 2011 ehrgeizige Energiestandards bei staatlichen Gebäuden festgelegt: Für Neubauten von Verwaltungsgebäuden, in geeigneten Fällen auch für andere Neubauten, gilt künftig grundsätzlich Passivhausstandard. Bei allen übrigen Maßnahmen im Neubau und Bestand sollen die Anforderungen der Energieeinsparverordnung 2009 an die durchschnittliche Qualität der Gebäu-

dehülle um 30 % unterschritten werden. Wir betrachten für unsere Planungsentscheidungen den gesamten Lebenszyklus und streben robuste und dauerhaft nutzbare, dabei aber auch intelligente Lösungen an. Immer dickere Dämmpakete allein sind nicht der richtige Weg.

#### **Funktionale und technische Qualität dank innovativer Technologien**

Bautechnische Neuentwicklungen, die nicht nach Technischen Baubestimmungen oder allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungen beurteilt werden können, bedürfen einer Zustimmung im Einzelfall durch die Oberste Baubehörde. Ein aktuelles Beispiel sind die von einer Baufirma aus der Oberpfalz entwickelten sogenannten Hybridtürme für Windenergieanlagen. Ein modulares Baukastensystem ermöglicht Nabenhöhen über Gelände von 100 bis 150 m bei einer Gesamtanlagenhöhe einschließlich Rotor von bis zu 200 m. Stahlbetonringe, die beim Aufbau zunächst noch unverbunden sind, werden mit externen Spannbetongliedern über die volle Höhe des Betonturms miteinander und mit dem Fundament verspannt. Für die Herstellung der Stahlbetonringe wird selbstverdichtender Beton der beiden höchsten Druckfestigkeitsklassen verwendet, für die externen Spannbetonglieder hochfester, noch nicht bauaufsichtlich zugelassener Spannstahl. Für beide innovativen Ausführungen haben wir den Weg frei gemacht mit unseren Zustimmungen im Einzelfall.

#### **Baukultur und Soziokulturelle Qualität – Der Mensch steht im Mittelpunkt**

Welche Rolle werden die Innenstädte und Ortszentren in den bayerischen Regionen zu-

künftig spielen? Wo kaufen wir ein? Wo treffen sich Jung und Alt? Wo wohnen Familien, Senioren und Singles? Vor welchen besonderen Herausforderungen stehen angesichts des demographischen Wandels die Zentren im ländlichen Raum? Mit diesen Fragen setzt sich die Initiative ‚Leben findet Innenstadt – öffentlich-private Kooperationen zur Standortentwicklung‘ der Obersten Baubehörde auseinander. Gestartet 2006 als zweijähriges Modellvorhaben, hat sich die öffentlich-private Kooperation mittlerweile zu einem wirkungsvollen Instrument der Innenstadterneuerung entwickelt. In diesen Kooperationen arbeiten Kommunen, Einzelhändler, Handwerksbetriebe, Gastronomen, lokale Unternehmen, Immobilieneigentümer, Kulturschaffende und Bürger an einer gemeinsamen Strategie, um Defizite in den Zentren zu beseitigen. Seit 2008 steht mit dem Bundesländer-Programm ‚Aktive Stadt- und Ortsteilzentren‘ in der Städtebauförderung ein eigenes Programm für Stadt-, Orts- und Stadtteilzentren zur Verfügung. Über 80 bayerische Gemeinden haben die Fördermöglichkeit bereits genutzt.

#### **Kommunikation fördert Qualität**

Wir bauen für die Bürgerinnen und Bürger. Weil breite Akzeptanz unverzichtbar ist, informieren und beteiligen wir die Öffentlichkeit frühzeitig und umfassend. Neue Formen der Bürgerbeteiligung, z.B. das Lenkungsverfahren für den Ausbau der A 3 im Bereich Würzburg und der Planungsdialog für den Ausbau der A 8 Rosenheim – Salzburg, haben ihre ersten Bewährungsproben bestanden. Wir sind offen, in geeigneten Fällen auch andere bisher noch nicht in der Stra-

ßenbauverwaltung angewandte Beteiligungsformen wie „Bürgergutachten“ einzusetzen und das Internet verstärkt für aktuelle Planungsinformationen und zur Kontaktaufnahme mit Ansprechpartnern der Straßenbaubehörde zu nutzen.

Zusammen mit neun Kooperationspartnern aus allen Bereichen des Bauwesens haben wir 2005 die Vortragsreihe „Qualität zählt“ gestartet. Architekten und Ingenieure stellen viel beachtete, aktuelle und innovative Projekte aus ihrer Arbeit vor. Die Qualität der Themen und der Referentinnen und Referenten zieht sich wie ein roter Faden durch alle Veranstaltungen. In den ersten sechs Jahren fanden die Veranstaltungen in der Obersten Baubehörde statt. Seit 2011 ist unsere Vortragsreihe an verschiedenen bayerischen Hochschulen zu Gast. Damit sprechen wir die Architekten und Ingenieure in der Region sowie ein junges akademisches Publikum an.

Mit qualitativ hochwertigem und nachhaltigem Planen und Bauen werden wir den von der Politik vorgegebenen Anforderungen an eine moderne Bauverwaltung gerecht. Für neue Herausforderungen, die sich aus der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie und den Vorschlägen der Enquetekommission des Deutschen Bundestages ergeben können, sind wir gut gerüstet.



1



2

**40 Jahre Städtebauförderung in Bayern**

Ende Mai 1955 wandte sich die Stadt Regensburg auf Grund gravierender städtebaulicher Mängel im Quartier Donauwacht an die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern. Obwohl Regensburg von den Zerstörungen des Krieges weitgehend verschont geblieben war, waren die Wohnverhältnisse in diesem dicht bevölkerten Gebiet vielfach unzumutbar. Die Substanz etlicher Gebäude war marode und verfiel zusehends. Kulminiert war diese Entwicklung kurz zuvor im Einsturz eines Treppenhauses im Anwesen Keplerstraße 7, bei dem glücklicherweise niemand zu Schaden gekommen war. Mit Schreiben vom 4. Juni 1955 sagte die Oberste Baubehörde ihre Unterstützung für die dringend erforderlichen Maßnahmen in der Donauwacht zu.

Dieses Datum markiert den Beginn des Engagements des Freistaats Bayern für die Stadterneuerung. Neben Regensburg nimmt sich ab 1957 auch die Stadt Bamberg solcher Maßnahmen an. Weitere Städte folgen, allerdings fehlen noch rechtliche Rahmenbedingungen und entsprechende Förderprogramme. 1971 schließlich tritt das Städtebauförderungsgesetz in Kraft und das erste Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm wird aufgelegt. Ergänzend führt der Freistaat 1974 ein eigenes Landesprogramm der Städtebauförderung ein. Bayern ist somit eine Keimzelle der städtebaulichen Erneuerung und der Städtebauförderung.

Mit Unterstützung durch die Oberste Baubehörde werden in Regensburg und kurz darauf in Bamberg die ersten städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen begonnen.

Mit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes wird das erste Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm aufgelegt (später Programm „Sanierung und Entwicklung“).

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm

1955	1960	1965	1970	1971	1974	1975	1980
------	------	------	------	------	------	------	------

Das Europäische Denkmalschutzjahr lenkt den Blick auf die Bedeutung des Schutzes und Erhalts des historischen baulichen Erbes. Rothenburg ob der Tauber wird europäische Modellstadt.



3

1+2

Die Donauwacht in Regensburg, das erste städtebauliche Erneuerungsgebiet im Freistaat Bayern, 1956 und 50 Jahre später. Das Gebiet wies in den 50er Jahren die höchste Bevölkerungsdichte in der ganzen Bundesrepublik auf.

3

Blick auf das Brückenrathaus, das Erneuerungsgebiet Kaulbergfuß/Schranne, eines der ersten in Bamberg, und das Gebiet Sand.

4

Das Neue Schloss in Pappenheim, erbaut 1819 bis 1822 von Leo von Klenze, wird mit Unterstützung aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ saniert.

Seit 1971 haben mehr als 1.000 bayerische Städte, Märkte und Gemeinden die Programme der Städtebauförderung genutzt; 3,85 Milliarden Euro haben der Freistaat Bayern, der Bund und die EU dafür bereitgestellt. Ohne diese Förderung wären zahlreiche Projekte in den Kommunen nicht umsetzbar gewesen. Zudem haben die Finanzhilfen ein Vielfaches an Investitionen Dritter in den Programmgebieten angestoßen. Die Städtebauförderung hat so wesentlich zum Erhalt des baulichen und kulturellen Erbes und zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unseren Städten, Märkten und Gemeinden beigetragen. In den 40 Jahren ihres Bestehens hat sie sich als echtes Erfolgsmodell erwiesen.



4

Erstmals stehen Mittel der EU-Strukturfondsförderung für die städtebauliche Erneuerung zur Verfügung.

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“

Initiative „Leben findet Innenstadt“

Modellvorhaben „Kooperationen – Pilotprojekte für die Stadtgesellschaft“

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“

1985 1990 1993 1995 1999 2000 2004 2005 2006 2008 2009 2010

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“

## Gestalten für alle – ein neuer Denkansatz

Die Staatsbauverwaltung wirkt auf verschiedenste Weise am Baugeschehen in Bayern mit: Normgebend für alle privaten und öffentlichen Bauherren, beratend und fördernd mit Geld, Fachwissen und Initiativen z.B. in Wohnungswesen und Städtebau, als Auftraggeber, Bauherr und Träger von staatlichen Bauten und öffentlicher Verkehrsinfrastruktur. Diese umfassende Zuständigkeit macht unsere Stärke aus, gerade wenn es gilt, neuen Herausforderungen koordiniert zu begegnen.

Unsere Gesellschaft wird zunehmend älter, aber auch vielfältiger. Das Thema „Gestalten für alle“ erfährt deshalb eine stetig wachsende Bedeutung. Wie muss die gebaute Umwelt beschaffen sein, damit alle Menschen unabhängig von ihrer Gruppenzugehörigkeit oder besonderen Situation grundsätzlich gleiche Chancen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben? Dieser umfassende Denkansatz ist eine gute Gelegenheit für uns, zu zeigen, wie unsere fachlich fundierte, dabei aber breit aufgestellte Verwaltung mit einem solchen Querschnittsthema umzugehen weiß.



1

### Bauen und Demographischer Wandel

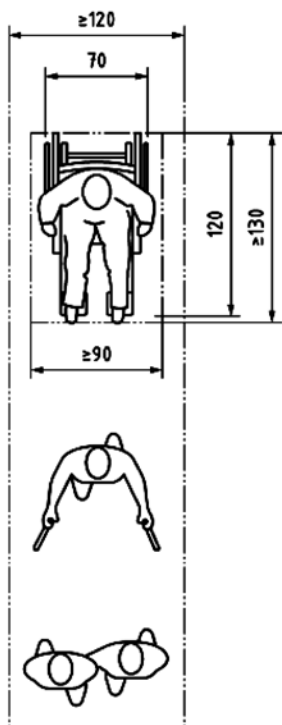
Die Anpassung an die demographischen Veränderungen ist eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre in Bayern. Zum einen entwickelt sich die Bevölkerungszahl regional sehr unterschiedlich. Zum anderen wird die Zahl der über 65-Jährigen in den nächsten 20 Jahren um 35 % ansteigen. Damit wird fast jede dritte Person über 65 Jahre alt sein. Die Anzahl der Hochbetagten mit über 75 Jahren wird sogar um rund 43 % zunehmen. Die hieraus resultierenden Folgen auch für das Planen und Bauen nehmen im Aktionsplan „Demographischer Wandel“ der Staatsregierung, der von einem Kabinettsausschuss unter Leitung von Ministerpräsident Horst Seehofer im Jahr 2011 erarbeitet wurde, breiten Raum ein.

Wir sehen uns in der Pflicht, den Anforderungen des demographischen Wandels, insbesondere dem zunehmenden Anteil älterer Menschen, die mit altersbedingten Beeinträchtigungen zu leben haben, in allen Bereichen des Bauens gerecht zu werden und beispielgebende Maßnahmen umzusetzen. Unsere Tätigkeitsfelder und Förderbereiche umfassen öffentliche Gebäude, den öffentlichen Raum – Straßen, Wege und Plätze – sowie den privaten Wohnbereich. Wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz im Sinne von „Gestalten für alle“, unabhängig von Alter und körperlichen Einschränkungen.

Nachhaltige integrierte Konzepte beim Neubau, bei Sanierungen und in der städtebaulichen Erneuerung, die diesen Anforderungen entsprechen, kommen somit allen Bevölkerungsgruppen – z. B. auch Eltern mit Kleinkindern – gleichermaßen zugute.

Die Informationsbroschüre „Bauen und demographischer Wandel“ der Obersten Baubehörde (erhältlich als PDF über: <http://www.verwaltung.bayern.de/portal/by/ServiceCenter/Broschuerenbestellen>) stellt diese relevanten Handlungsfelder der Bayerischen Staatsbauverwaltung dar. Sie ist ein Ergebnis des bereits im Jahr 2008 gegründeten Arbeitskreises „Bauen und Demographischer Wandel“. Der Arbeitskreis hat sich zur Aufgabe gemacht, neben der Bereitstellung von Informationen, ganzheitliche und integrierte Strategien und Projekte anzustoßen und zu koordinieren. Als fachliche Plattform führt er dabei wichtige Akteure des Baugeschehens zusammen: die staatliche Bauverwaltung, Kammern und Verbände, insbesondere die kommunalen Spitzenverbände.

1  
Bauen und demographischer Wandel.  
Zweite, erweiterte Auflage 2012



1

### Rechtliche Umsetzung neuer Standards der Barrierefreiheit

Im Oktober 2010 wurde die DIN 18040-1 zum barrierefreien Bauen öffentlich zugänglicher Gebäude, im September 2011 die DIN 18040-2 für Wohnungen veröffentlicht. Dieses technische Regelwerk, das nach über zehnjähriger Ausarbeitungszeit auf gesellschaftlichem Konsens beruht, schafft zeitgemäße und sachgerechte Planungsgrundlagen für das barrierefreie Bauen. Dabei geht es im Grunde darum, Gebäude so zu gestalten, dass sie von allen Menschen gleichermaßen genutzt werden können. Während die Vorgängernormen noch hauptsächlich auf Personen mit Gehbehinderungen und Rollstuhlnutzer ausgerichtet waren, berücksichtigen die DIN 18040-1 und DIN 18040-2 verstärkt auch die Bedürfnisse von Personen mit Sinneseinschränkungen.

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demographischen Wandels ist beabsichtigt, die neuen Standards zum barrierefreien Bauen als Technische Baubestimmungen einzuführen und damit als bauordnungsrechtliche Anforderungen verbindlich zu machen. Im Interesse der Rechtssicherheit strebt die Oberste Baubehörde an, DIN-Normen möglichst einheitlich mit anderen Ländern einzuführen. Mit der Prüfung der bauaufsichtlichen Einführung der DIN 18040 befasste sich im Jahr 2011 zunächst die Fachkommission Bauaufsicht der Bauminis-

terkonferenz. In der eigens dafür gegründeten Projektgruppe, die zügig die Vorschläge zur bauordnungsrechtlichen Umsetzung erarbeitete, war auch die Oberste Baubehörde vertreten. Im Ergebnis erfordert die Einführung der DIN 18040 vorherige Anpassungen in der Bayerischen Bauordnung (BayBO), um für eine einheitliche Begrifflichkeit zu sorgen und widersprüchliche Regelungen zu vermeiden.

Zur leichteren Anwendung der neuen Planungsgrundlagen in der Praxis werden derzeit unter Federführung der Bayerischen Architektenkammer die vor allem von Planern geschätzten gemeinsamen Arbeitsblätter zu den DIN-Normen des barrierefreien Bauens aktualisiert.

1

Darstellung der für eine barrierefreie Nutzung erforderlichen Bewegungsflächen, Bild 1 aus DIN 18040 Barrierefreies Bauen - Planungsgrundlagen - Teil 1: Öffentlich zugängliche Gebäude

1  
Bei der Neugestaltung des öffentlichen Raums im topografisch sehr bewegten Stadtkern von Landau a.d. Isar haben v.a. die Anforderungen der Barrierefreiheit eine wichtige Rolle gespielt.

2  
Neubau von alten- und behindertengerechten Wohnungen, Ingolstadt  
Bauherr: Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Ingolstadt GmbH

3  
Barrierefreie Wohnungen, Gemeinschaftsräume (Foto) und soziale Unterstützungsangebote sind nach der Modernisierung von zwei Bauabschnitten nun wesentliche Bestandteile des WAL-Pilotprojekts in Rödental.



1



2



3





1

### Barrierefreiheit als Baustein für qualitätvolles Wohnen

Der barrierefreie Wohnungsbau nimmt eine Schlüsselrolle ein, um Senioren das Leben in den eigenen vier Wänden und im vertrauten Quartier so lange wie möglich zu gewährleisten. Auch für alle anderen Menschen, unabhängig von Alter oder körperlichen Beeinträchtigungen, bedeutet die Barrierefreiheit eine Verbesserung der Wohnqualität. Je flexibler und vielfältiger die Nutzungsmöglichkeiten sind, desto attraktiver bleiben die Wohnungen und ihre Umgebung auf lange Sicht.

Im Experimentellen Wohnungsbau der Obersten Baubehörde haben diese Aspekte seit vielen Jahren einen besonders hohen Stellenwert, so dass viele Pilotprojekte über die gesetzlichen und förderrechtlichen Anforderungen hinaus barrierefrei ausgestaltet sind. Auch in drei aktuellen Modellvorhaben konnte das Ergebnis aus früheren Pilotprojekten bestätigt werden, dass bei guter Planung barrierefreie Wohnungsgrundrisse keine Mehrkosten auslösen. Im geförderten Mietwohnungsbau entstehen in Bayern im Neubau ausschließlich barrierefreie Wohnungen. Die altengerechte Anpassung des Wohnungsbestandes ist neben der energetischen Sanierung die wichtigste Zukunftsaufgabe der Wohnungswirtschaft. In Bayern werden im Bayerischen Modernisierungsprogramm zinsvergünstigte, von der KfW refinanzierte Darlehen der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt dafür ausgereicht. Mietpreissteigerungen können mit Hilfe dieser Förderung sozialverträglich abgedeckt werden.

1  
Mit dem Umbau des Steingruber-Hauses in Merkendorf zum „Bürger- und Kulturhaus“ wurde der Erhalt eines hochwertigen Baudenkmals aus der Barockzeit für die Zukunft gesichert. Eine neu hinzugefügte Rampe gewährleistet die barrierefreie Zugänglichkeit.

2  
Die Bestandsgebäude des Modellprojekts „WAL-Wohnen in allen Lebensphasen“ in Nürnberg erhielten rollstuhlgerechte Zugänge und Erschließungswege auf allen Geschoßebenen. Sämtliche Wohnungen wurden barrierefrei umgebaut.



2

Die Oberste Baubehörde will das Verständnis für barrierefreies Bauen als Grundlage nachhaltigen und selbstbestimmten Wohnens für alle Generationen noch anschaulicher vermitteln. Daher wurde 2011 im Zuge der Neuerscheinung der Norm für barrierefreie Wohnungen DIN 18040 Teil 2 das Falblatt „Barrierefreies Wohnen – Mehr Wohnwert im Alltag“ veröffentlicht.

### Städtebauförderung und Barrierefreiheit

Der demographische Wandel hat sich in den letzten Jahren zu einem Schwerpunktthema der Stadterneuerung entwickelt. Vor diesem Hintergrund ist die Nutzbarkeit unserer Städte, Märkte und Gemeinden für alle Menschen mehr denn je eine wichtige Zielvorgabe der Städtebauförderung. In historischen Stadtteilen oder bei alter Bausubstanz stellt die Gewährleistung der Barrierefreiheit eine besondere Herausforderung dar. Mit planerischem Einfühlungsvermögen und Kreativität sind hier in den letzten Jahren viele beispielhafte Lösungen entwickelt und realisiert worden. Die Städtebauförderung wird die bayerischen Kommunen bei dieser wichtigen Zukunftsaufgabe weiterhin unterstützen.



1

### **Audit Barrierefreiheit im Staatlichen Hochbau und Straßenbau**

Als wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung beim barrierefreien Bauen hat die Bayerische Staatsbauverwaltung Ende 2011 bei den Autobahndirektionen und den Staatlichen Bauämtern ein spezielles Audit für den Staatlichen Hochbau und Straßenbau eingeführt. Den Belangen der Barrierefreiheit wird mit dem Start des neuen Verfahrens ab dem 1. Januar 2012 bei den Verkehrsanlagen und den staatlichen Gebäuden im Planungs- und Bauprozess verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Einführung des „Sicherheitsaudits“ im Straßenbau hatte sich seit Jahren bewährt, die Zahl der schweren Verkehrsunfälle ist statistisch signifikant zurückgegangen. Aufgrund der besonderen Bedeutung des barrierefreien Bauens haben wir dieses Erfolgsmodell nun aufgegriffen und analog dazu ein Audit für die Barrierefreiheit entwickelt.

Das Audit basiert materiell-rechtlich auf den geltenden Vorgaben und Vorschriften. Die Selbstverpflichtung des Freistaats aus dem Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz (BayBGG) ist dabei ein wichtiges Element. Mit dem Audit haben wir keinen neuen Standard bezüglich der Barrierefreiheit eingeführt, sondern ein Verfahren, das eine besondere Sensibilisierung für die Belange des barrierefreien Planens und Bauens schafft und so zur Qualitätssicherung beiträgt. Die technischen Regeln zum barrierefreien Bauen sind insbesondere hinsichtlich der geometrischen Anforderungen, wie zum Beispiel die Steigung von Rampen, im Detail ausformuliert. Dagegen lassen die Anforderungen im sensorischen Bereich – wie zum Beispiel Kontraste oder tastbare Orientierungselemente – einen großen gestalteri-

schen Spielraum. Um auch hier die richtigen Planungsentscheidungen zu treffen, ist das Audit von besonderem Wert.

Das Audit wird sowohl im Hoch- als auch im Straßenbau in bestehende Verfahren integriert und in mehreren Phasen durchgeführt. Dem jeweiligen Planungs- bzw. Ausführungsstand sowie dem damit verbundenen Detaillierungsgrad entsprechend überprüft ein vom Projekt unabhängiger Auditor die Belange des barrierefreien Bauens. Flankiert wird die Einführung des Audits durch ein Aus- und Fortbildungskonzept der Bayerischen Staatsbauverwaltung für das eigene Personal. Neben der Vermittlung des Auditverfahrens findet eine vertiefte Schulung der Inhalte barrierefreien Bauens statt.

#### **Straßenbau**

Für die Planer im Straßenbau bedeutet „Gestalten für alle“ eine sensible Anwendung des bestehenden Regelwerks im Hinblick auf die Bedürfnisse behinderter oder älterer Verkehrsteilnehmer – ob als Autofahrer, als Radfahrer oder als Fußgänger. Es gilt, Lösungen zu finden, die den teils gegenläufigen Anforderungen mobil eingeschränkter oder sehbehinderter Menschen in ausreichendem Maße gerecht werden. Steigungen von Geh- und Radwegen, Bordsteinhöhen an Querungsstellen, Bodenindikatoren für ein durchgängiges Blindenleitsystem, aber auch Schriftgrößen der Beschilderung und die Länge von Grünphasen an Lichtsignalanlagen sind Entwurfsdetails, die hierbei besonders im Fokus stehen.

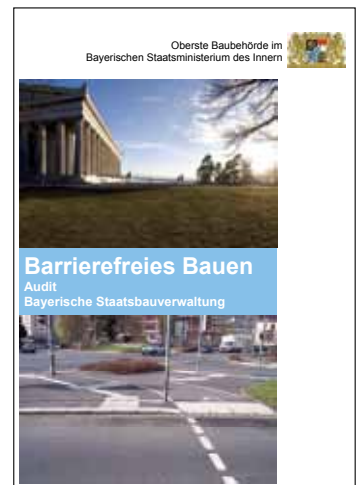
1  
Die neue Stahlrampe an der Walhalla bei Donaustauf ermöglicht den barrierefreien Zugang zum Tempelpodest für alle Menschen, z.B. Familien mit Kinderwagen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.



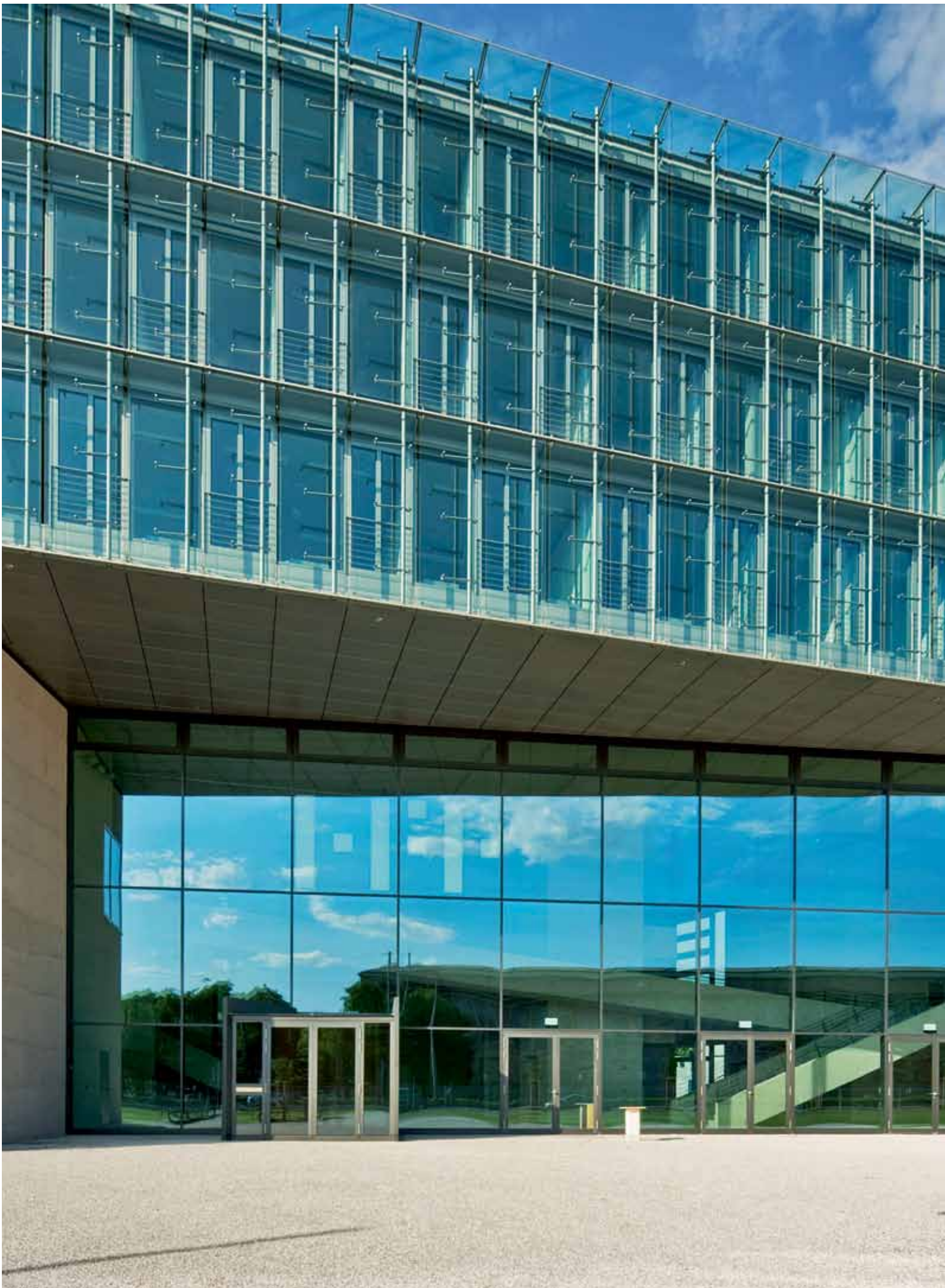
1

### Staatlicher Hochbau

Zum Aufgabenbereich des Staatlichen Hochbaus gehören viele öffentlich zugängliche Gebäude – von staatlichen Behörden, über Bildungsstätten und Universitätskliniken bis hin zu Kulturdenkmälern – die unabhängig von Alter und möglicher körperlicher Einschränkung einem breiten Besucherkreis zur Verfügung stehen sollen. Ein prominentes Beispiel ist die Walhalla: Das Staatliche Bauamt Regensburg führt bereits seit mehreren Jahren eine umfassende Generalsanierung des Bauwerks durch, zu der auch die Umsetzung eines Konzepts zur Barrierefreiheit gehört. Dies beginnt bei den Parkplätzen und bezieht die gesamte Erschließung bis hin zum Tempelpodest und Innenraum ein, die bislang für gehbehinderte Menschen, Rollstuhlfahrer und Eltern mit Kinderwagen gar nicht oder nur mit erheblichem Aufwand erreichbar waren. Herzstück des Konzepts ist eine elegante neue Stahlrampe, die das Tempelpodest erschließt. Zur Abrundung ist noch ein taktiler Modell der Walhalla samt Beschreibung für blinde oder sehbehinderte Menschen vorgesehen. Am 9. Juli 2011 haben Innenminister Joachim Herrmann und die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Irmgard Badura, die barrierefreie Erschließung der Tempelanlage feierlich ihrer Bestimmung übergeben.



1  
Abgesenkte Bordsteine, Bodenindikatoren für ein durchgängiges Blindenleitsystem, aber auch ausreichend lange Grünphasen an Lichtsignalanlagen erleichtern besonders behinderten und älteren Verkehrsteilnehmern das Queren einer Straße.





## Hochbau

Im Staatlichen Hochbau war das Jahr 2011 geprägt vom Baugeschehen für Forschung und Bildung an Hochschulen und Universitäten. Ziel staatlichen Bauens ist es seit jeher, vorbildliche und qualitätvolle Gebäude termingerecht, wirtschaftlich und energieeffizient zu errichten. Eindrucksvoll belegen die fertig gestellten Bauwerke, dass wir dieses Ziel im Jahr 2011 erreicht haben.

Am 6. Juni 2011 übergaben die Staatsminister Joachim Herrmann und Wolfgang Heubisch in München gemeinsam den repräsentativen Neubau der Hochschule für Fernsehen und Film und des Staatlichen Museums Ägyptischer Kunst an die künftigen Nutzer.



1

## Aufgaben 2011

2011 konnten wir die Früchte zahlreicher staatlicher Initiativen und Sonderprogramme ernten. Ob Bauprojekte aus dem Investitionsprogramm „BayernFIT – Forschung, Innovation, Technologie“ oder dem „Konjunkturpaket II – Wir bauen Zukunft“ - eine einmalig große Zahl termingerecht fertig gestellter Baumaßnahmen dokumentiert die Leistungsfähigkeit der staatlichen Hochbauverwaltung.

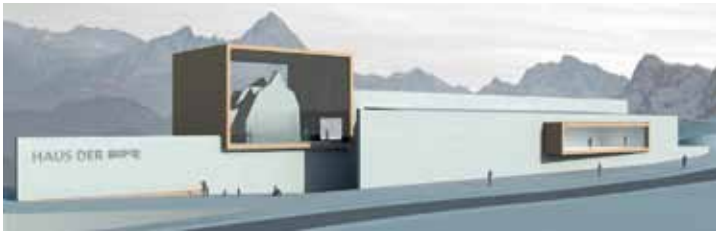
Im Staatlichen Hochbau verstehen wir uns als Entwicklungsträger für neue Ideen und Verfahren, mit denen wir die Forderungen nach Energieeffizienz, Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit, Funktionalität und Architekturqualität erfüllen. Innovative Holzbauprojekte wie der Neubau des Finanzamtes Garmisch-Partenkirchen, der nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) zertifiziert wird, sowie mehrere Pilotprojekte im Passivhausstandard und nicht zuletzt die Einführung eines Audits Barrierefreies Bauen zeigen, wie wichtig uns Qualität und Nachhaltigkeit sind. (Seite 16)

Das Baumanagement ist unsere treuhändische Aufgabe für die Landesressorts, den Bund, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die Gaststreitkräfte, die NATO und weitere Partner wie z.B. die Kirchen. Im vergangenen Jahr haben wir insgesamt 1,5 Milliarden Euro in Bauprojekte investiert. Auf Einzelprojekte entfielen dabei 1,28 Milliarden Euro, rund 250 Millionen wurden für den laufenden Bauunterhalt aufgewendet. Eine Vielzahl von Projekten haben wir in Partnerschaft mit freischaffenden Architekten und Ingenieuren realisiert. Der Vergabeanteil von

Planung und Bauleitung bei großen Baumaßnahmen betrug 85 %. Die Gesamtausgaben für Honorare freiberuflich Tätiger beliefen sich 2011 auf 162 Millionen Euro.

Neben dem Baumanagement für unsere staatlichen Partner beraten und prüfen wir in baufachlicher Hinsicht auch Projekte von kommunalen und privaten Bauherren, die mit staatlichen Fördermitteln bauen. Für diese Fördermaßnahmen von Bund und Land haben wir im Jahr 2011 ein Volumen von 2,8 Milliarden Euro bearbeitet.

1  
Der Neubau des Finanzamtes Garmisch-Partenkirchen vereinigt alle Arbeitsbereiche der Behörde bürgerfreundlich unter einem Dach. Das Gebäude am Fuße der Zugspitze wurde in ansprechender und nachhaltiger Holzbauweise errichtet.



1



2



3

### Passivhausstandard für Staatliche Gebäude – laufende Projekte im Staatlichen Hochbau

Der Freistaat Bayern als Bauherr, Gebäudeeigentümer und Betreiber ist gefordert, im Rahmen des Klimaschutzes eine Vorbildfunktion wahrzunehmen.

Einen entscheidenden Anstoß hierzu gab der Ministerrat mit seinem Beschluss vom Juli 2011, dass für staatliche Gebäuden künftig ein deutlich effizienterer Energiestandard als bisher gelten soll. Alle neuen Verwaltungsgebäude des Freistaats werden – unter Maßgabe der Wirtschaftlichkeit – auf der Grundlage des Passivhausstandards ausgeführt, in einer Pilotphase darüber hinaus auch einzelne ausgewählte Sonderbauten. Für alle anderen staatlichen Baumaßnahmen werden die Anforderungen der Energieeinsparverordnung 2009 an die Gebäudehülle um 30 Prozent angehoben. Damit wollen wir dem ehrgeizigen Ziel, bis 2050 einen nahezu CO<sub>2</sub>-neutralen Gebäudestandard zu erreichen, einen bedeutenden Schritt näher kommen.

Der staatliche Hochbau führt bereits mehrere Maßnahmen auf der Grundlage des Passivhausstandards durch.

Für den Neubau der Polizeiinspektion Nürnberg-Süd hat das Staatliche Bauamt Erlangen-Nürnberg einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben, bei dem die Energieeffizienz und Nachhaltigkeit des Gebäudekonzeptes ein wesentliches Beurteilungskriterium darstellte. Der prämierte Entwurf von Geier Maass Architekten bietet mit seiner kompakten Gebäudeform eine ideale Voraussetzung für die Einhaltung des Passivhausstandards. Neben seiner städtebaulichen Qualität besticht seine innere Funktionalität durch ein differenziert gestaltetes Atrium. Der Baubeginn ist für 2012 vorgesehen.

Auch die Planungen von Bogevischs Büro Architekten und Stadtplaner GmbH für die Erweiterung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Herrsching erfüllen die Anforderungen des Passivhausstandards. Im Dezember wurde der Rohbau für 120 Studentenappartements fertig gestellt. Gegenüber einem Referenzgebäude nach EnEV 2009 hat die Ausführung als Passivhaus keine Kostenerhöhung bei der Anlagentechnik zur Folge; dennoch wird eine Verminderung des Heizenergiebedarfs um ca. 40% erwartet. Das entspricht 22 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr.

Beim Erweiterungsbau des Bayerischen Landtags war bereits im Realisierungswettbewerb als Planungsziel der Passivhausstandard verankert worden. Der prämierte Beitrag von Léon Wohlhage Wernik Architekten bot durch das sehr günstige Verhältnis der Außenflächen zum Volumen, einen moderaten Verglasungsanteil der Fassaden und ein schlüssiges Haustechnikkonzept gute Voraussetzungen zur Umsetzung des ehrgeizigen Ziels. Der Jahresheizwärmebedarf wird um vier Fünftel geringer ausfallen als der eines vergleichbaren Gebäudes nach aktuellem Standard. Die Fertigstellung ist für Frühjahr 2012 geplant.

Das „Haus der Berge“, das neue Informations- und Bildungszentrum für den Nationalpark Berchtesgaden, ist in Planung und Ausführung besonders auf den Klimaschutz und die Energieeffizienz ausgerichtet. Durch die Optimierung der Gebäudehülle und Gebäudetechnik erreicht das Haus der Berge annähernd Passivhausniveau. Das Staatliche Bauamt Traunstein hat das Gebäude selbst geplant und wird es bis Ende 2012 fertig stellen.

1  
CAD Perspektive des Hauses der Berge, des Informations- und Bildungszentrums für den Nationalpark Berchtesgaden

2  
CAD Perspektive der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Herrsching

3  
Am 24. Februar 2011 fand das Richtfest für den Erweiterungsbau des Bayerischen Landtags im Nordhof des Maximilianeums statt.



1



2

### Hochschulausbauprogramm für den doppelten Abiturjahrgang 2011 BayernFIT - Zukunft Bayern 2020

Der Hochschulbau 2011 stand ganz im Zeichen des Ausbauprogramms zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs.

2011 beendeten in Bayern sowohl die letzten Schüler des 9-klassigen Gymnasiums als auch die ersten Schüler des 8-klassigen Gymnasiums ihre Schulzeit mit dem Abitur. Statt wie im Vorjahr 64.749 begannen 85.758 Absolventen ihr Studium an den bayerischen Universitäten und Hochschulen.

Die Hochschulen und Universitäten waren gut vorbereitet. Der Ministerrat hatte im Juni und Juli 2007 beschlossen, dass bis 2011 38.000 neue Studienplätze mit einem Flächenbedarf von 130.000 m<sup>2</sup> geschaffen werden sollten.

Für die Bauverwaltung bedeutete dies, ein Investitionsvolumen von rd. 310 Millionen Euro aus dem Programm „Zukunft Bayern 2020“ zu bewältigen und bis zum Wintersemester 2011/2012 bayernweit 16 Hörsaal-, Lehr- und Praktikagebäude mit einer Gesamtfläche von rd. 64.000 m<sup>2</sup> zu errichten, bzw. zu sanieren. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie eine neue Mensa in Weiden, Mensaerweiterungen in Kempten, Ansbach und Aschaffenburg, Mensasanierungen in Passau, Regensburg, Erlangen und Augsburg, sowie Bibliothekserweiterungen ergänzten das umfangreiche Bauprogramm.

Zusammen mit weiteren Sonderprogrammen, dem Konjunkturpaket II und Maßnahmen aus der regulären Anlage S des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst wurden im vergange-

nen Jahr 51 große Baumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 765 Millionen Euro termingerecht übergeben. Im Vergleich mit früheren Jahren ist das eine absolute Spitzenleistung.

Beim Bauen für Lehre und Forschung sind nicht nur Wirtschaftlichkeit und Termintreue wichtig. Auch Nachhaltigkeit, Innovation, Flexibilität und ein kommunikatives Umfeld sind im nationalen und internationalen Vergleich zu sehen. Aufgabe der Staatsbauverwaltung ist es, das hohe Niveau der Bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften auch baulich zu unterstreichen.

Als spektakulärstes Einzelprojekt ist der Neubau der Hochschule für Fernsehen und Film sowie des Staatlichen Museums für Ägyptische Kunst mit Gesamtkosten in Höhe von 99 Millionen Euro anzusehen, das Herr Staatsminister Joachim Herrmann am 6. Juni im Rahmen einer Pressekonferenz an seinen Kollegen Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch übergeben hat.

1  
Kernstück des neuen Hörsaal- und Verfügungsgebäudes der Universität Regensburg ist eine zentrale Aula mit 400 Sitzplätzen.

2  
Knapp 26 Mio. Euro wurden in den Neubau für die Fachbereiche Technik und Sozialwesen der Hochschule Kempten investiert. Das Foyer beeindruckt mit einer Installation der Künstlergruppe Netzhalde.





1



2

1  
Neubau für die Ausbildungsrichtungen Gestaltung und Technik an der Hochschule Würzburg-Schweinfurt. Das Gebäude bietet auf 5.400 m<sup>2</sup> Platz für Büros und Seminarräume sowie für sieben Hörsäle und eine Cafeteria.

2  
Generalsanierung eines historischen Hörsaals im denkmalgeschützten Gebäudeteil des Pathologischen Instituts der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg.



1

### Konjunkturpaket (KP II) im Staatlichen Hochbau – Bilanz und Ergebnisse

Ausgelöst durch die globale Wirtschaftskrise wurde im Frühjahr 2009 das „Konjunkturpaket II – Wir bauen Zukunft“ eingerichtet, um mit Bauinvestitionen unmittelbar und effektiv den konjunkturellen Motor wieder in Schwung zu bringen. Ende des Jahres 2011 ist das erfolgreiche Sonderprogramm ausgefallen, mit einer Bilanz, die sich sehen lassen kann. Insgesamt haben wir rund 250 Millionen Euro für staatliche Hochbauprojekte des Landes und 109 Millionen Euro für staatliche Hochbauprojekte des Bundes umgesetzt.

Mit 16 großen Baumaßnahmen und einem Investitionsvolumen von rund 80 Millionen Euro lag auch hier ein Schwerpunkt im Bereich Forschung und Bildung für Hochschulen und Universitätskliniken. Hinzu kamen 110 Millionen Euro für kleine Baumaßnahmen. Die Mittel finanzierten energetische Sanierungsmaßnahmen, aber auch Neu- und Erweiterungsbauten, und leisteten so auch einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung des Studentenansturms durch das Doppelabitur 2011.

Mit welcher Geschwindigkeit wir manche Baumaßnahmen umgesetzt haben, zeigt ein Beispiel am Universitätsklinikum Erlangen. Innerhalb von nur drei Tagen wurden 40 Raumzellen für vier Operationssäle aufgestellt. Angeliefert mit Tiefladern, hob ein Spezialkran die bis zu 40 Tonnen schweren OP-Module an den richtigen Platz. Schon Anfang 2012 sollen hier die ersten Operationen stattfinden. Der rund 7,4 Millionen Euro teure Neubau wurde mit 6,2 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II gefördert.

Ein innovatives Beispiel aus dem Bereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist das „Kompetenzzentrum für Gemüsebau“ in Bamberg. Das Staatliche Bauamt Bamberg hat für den ökologischen und kontrolliert-integrierten Anbau eine neue Gewächshausanlage errichtet. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 5 Millionen Euro, 3,375 Mio. Euro davon stammen aus dem Sonderprogramm.

Für verschiedene Baumaßnahmen des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz wurden rund 10 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II verausgabt.

Weitere 12,8 Millionen Euro flossen in vier Infrastrukturmaßnahmen für die Bayerische Bereitschafts- und Landespolizei, darunter die Neubauten der Dienstgebäude in Marktobendorf und Gersthofen.

Für den Bund verwirklichte die Bayerische Staatsbauverwaltung im Rahmen desselben Programms 34 zivile und 117 militärische Baumaßnahmen für rund 29 bzw. 80 Millionen.

Der starke Investitionsanstieg der letzten Jahre bedeutete für den Staatlichen Hochbau gerade bei unverändert knappen Personalressourcen eine große Herausforderung. Deren erfolgreiche Bewältigung verdanken wir vor allem dem engagierten Einsatz aller Kolleginnen und Kollegen.

<sup>1</sup> Für die Innenstadt-Fakultäten der Universität Bamberg wurde auf dem Markusgelände ein neues Hörsaal- und Verfügungsgebäude errichtet.



1



2

1  
Lärchenholzschildeln, Sichtbeton und Glas - zeitgemäße Architektur mit Lokalkolorit zeichnen das neue Dienstgebäude der Polizeiinspektion Marktobendorf aus.

2  
Mit Mittel aus dem Konjunkturpaket II konnte der Neubau der Autobahnpolizeiinspektion Gersthofen verwirklicht werden.

3  
Nach der Generalsanierung von zwei denkmalgeschützten Gebäuden des Sanitätsdienstes der Gäubodenkaserne Feldkirchen kann die ärztliche und zahnärztliche Versorgung wieder auf neuestem Standard erfolgen.



3





## **Recht, Planung und Bautechnik**

**Kernthema im Jahr 2011 war für die Abteilung Recht, Planung und Bautechnik die rechtliche und technische Umsetzung des Aufbruchs in ein neues Energiezeitalter. Dabei hatten planungsrechtliche Vorgaben für Anlagen der erneuerbaren Energien und Fragen der Energieeffizienz höchste Priorität.**

## Aufbruch in ein neues Energiezeitalter



1

Energieeffizientes Bauen und energetische Gebäudesanierung sind seit Jahren Kernthemen der Abteilung Recht, Planung und Bautechnik der Obersten Baubehörde. Eine noch größere Bedeutung kommt diesem Thema seit März 2011 zu, als das schwere Reaktorunglück in Japan zu einer Neubewertung der mit der Kernenergienutzung verbundenen Risiken führte. Mit dem Bayerischen Energiekonzept „Energie Innovativ“ beabsichtigt Bayern, bis 2022 eine sichere, diversifizierte und ökologisch nachhaltige Energieversorgung zu schaffen.

Konkret hat sich die Bayerische Staatsregierung zum Ziel gesetzt, innerhalb der nächsten 10 Jahre 50% des bayerischen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu decken und hierbei die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 deutlich unter 6 t pro Kopf zu senken. Für den bayerischen Gebäudebestand hat dies zur Folge, das Ziel eines weitgehend klimaneutralen bayerischen Gebäudebestands anzustreben. Hierfür muss bis 2050 mindestens ein Anteil von 50% erneuerbarer Energien im dortigen Wärmebereich erreicht werden. Dabei setzen wir in erster Linie auf marktgerechte Anreize, auf finanzielle Förderung und Information.

Der Schwerpunkt des Aufbruchs in ein neues Energiezeitalter besteht nach dem Bayerischen Energiekonzept darin, Energieeffizienz und Energieeinsparung bei Gebäuden konsequent zu steigern. Nicht benötigte Energie muss gar nicht erst erzeugt werden. Im Rahmen der Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie und der Weiterentwicklung der Energieeinsparverordnung arbeiten wir daran, dass

bei der berechtigten Forderung nach Energieeffizienz und Energieeinsparung das Ziel einer sicheren, bezahlbaren und umweltfreundlichen Energieversorgung nicht aus den Augen verloren wird.

Energieeffizientes Bauen setzt unter anderem die richtigen planungsrechtlichen Rahmenbedingungen voraus. Vor diesem Hintergrund haben wir die „BauGB-Klima-Novelle 2011“ im Sinne des Aufbruchs in ein neues Energiezeitalter mitgestaltet. Klimaschutz und Klimaanpassung werden nun durch die planungsrechtliche Erleichterung der nachträglichen Wärmedämmung und die Privilegierung von Solaranlagen in, an oder auf Gebäuden im Außenbereich gefördert.

Mit dem Thema erneuerbare Energien befasst sich ein Rundschreiben der Obersten Baubehörde vom 2. Dezember 2011. Dort finden sich nicht nur Hinweise zur bauplanungsrechtlichen Beurteilung von Vorhaben zur Nutzung erneuerbarer Energien, sondern auch eine Darstellung der Inhalte eines kommunalen Energiekonzepts sowie eine Darstellung der Steuerungsmöglichkeiten bei der Standortwahl und der Nutzung regenerativer Energien in der Bauleitplanung. In der Gemeinsamen Bekanntmachung der Obersten Baubehörde und fünf weiterer Staatsministerien vom 20. Dezember 2011 (Bayerischer Windenergieerlass) haben wir Kommunen und nachgeordneten Behörden Hilfestellungen bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen an die Hand gegeben.

Bei der Steuerung der energetischen Entwicklung in den Gemeinden sollen kommu-

1  
Leitfaden Energienutzungsplan  
Ein Energienutzungsplan ist ein informelles Planungsinstrument für Gemeinden zum Thema Energie. Der Leitfaden stellt die Vorgehensweise bei der Erstellung eines Energienutzungsplans zusammenfassend dar.

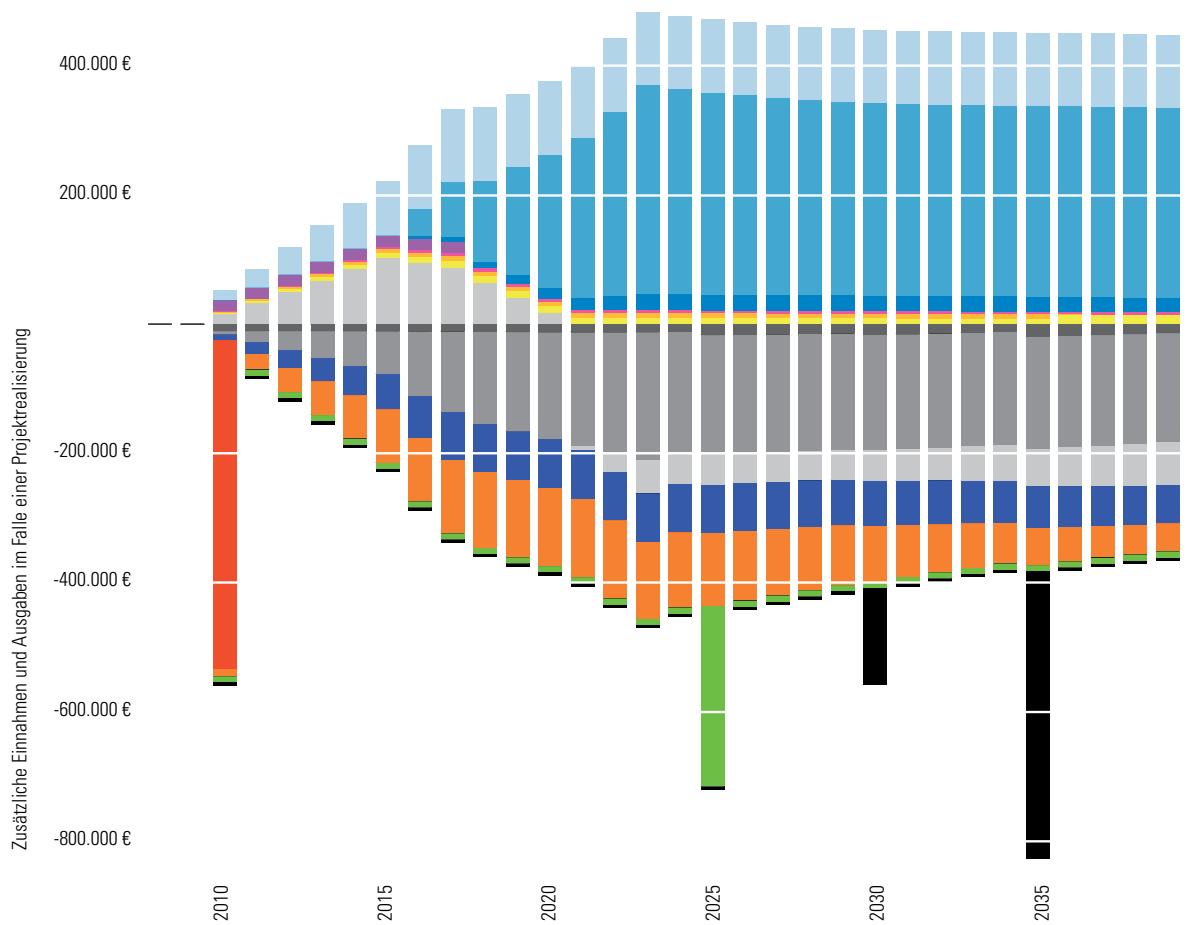


Wärmebedarfsermittlung in der Gemeinde  
Ottobrunn

jährlicher Wärmebedarf pro Hektar

- < 150 MWh/(ha-a)
- 150 - 300 MWh/(ha-a)
- 300 - 450 MWh/(ha-a)
- 450 - 600 MWh/(ha-a)
- 600 - 750 MWh/(ha-a)
- 750 - 900 MWh/(ha-a)
- > 900 MWh/(ha-a)

nale Energiekonzepte eine wesentliche Rolle spielen. Hierbei werden der Energieverbrauch analysiert und die vorhandenen Potentiale für regenerative Energien ermittelt. In einem übergreifenden, teilweise interkommunalen Energiekonzept werden schließlich Wege dargestellt, um den ermittelten Energiebedarf in den einzelnen Quartieren soweit möglich mit Hilfe der regenerativen Energiequellen zu decken. Die Broschüre „Leitfaden Energienutzungsplan“ - im Juli 2011 erschienen - gibt dazu Hinweise und Erläuterungen. Den Leitfaden hat die Technische Universität München im Rahmen eines gemeinsamen Modellprojektes der Oberste Baubehörde zusammen mit dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium in sechs Modellkommunen im Landkreis München erarbeitet. Die Umsetzung der kommunalen Energiekonzepte erfolgt u. a. in der Bauleitplanung.



Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der Stadt Erding für eine untersuchte Wohnbaufläche über die nächsten 30 Jahre

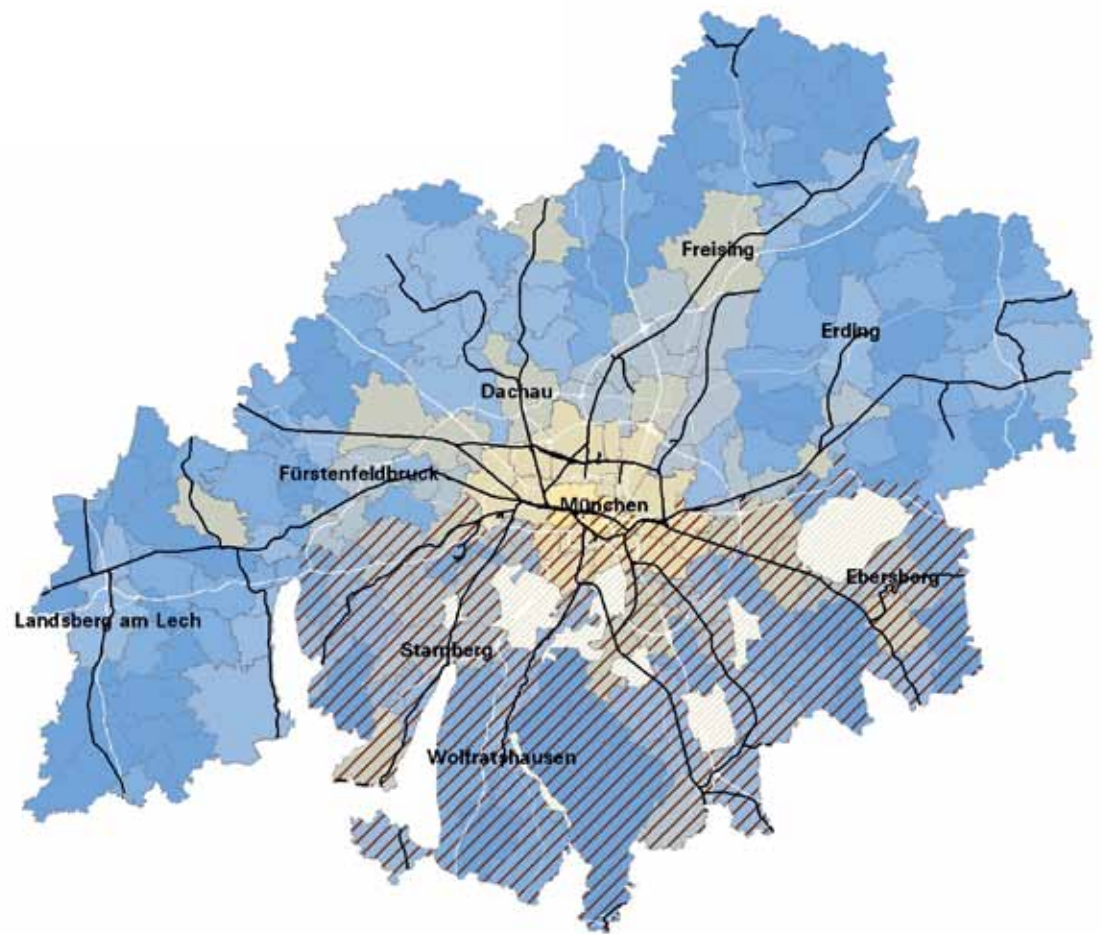
- Grundsteuer B
- Einkommensteuer
- Familienleistungsausgleich
- Grunderwerbsteuer
- Kfz-Steuerbund
- Erstattung übertragener Wirkungskreis
- Konzessionsabgabe
- Erschließungsnetze
- öffentliche Grünflächen
- Wohnfolgeeinrichtungen, lfd. Ausg.
- Wohnfolgeeinrichtungen, inv. Ausg.
- weitere kommunale Leistungen
- allg. Schlüsselzuweisungen
- Kreisumlage
- Zinsen

### Modellprojekt Siedlungsentwicklung und Mobilität

Die starken Einwohner- und Arbeitsplatzzuwächse vor allem im Umland der Stadt München sowie ein steigendes Verkehrsaufkommen prägen seit vielen Jahren die Region. Die Oberste Baubehörde unterstützte deshalb das Modellvorhaben „Siedlungsentwicklung und Mobilität“ mit Zuschüssen des Freistaats Bayern für modellhafte städtebauliche Planungen und Untersuchungen. Initiiert wurde es von der Stadt München zusammen mit acht Städten und Gemeinden des „MORO-Arbeitskreises Nachhaltige Stadtentwicklung“ im Raum München.

Die Ergebnisse des Modellvorhabens zeigen die Zusammenhänge von Siedlungsentwicklung, schienengebundenem Personennahverkehr und den finanziellen Auswirkungen von privaten und öffentlichen Standortentscheidungen. Hierbei wurden die Wohn- und Mobilitätskosten für die privaten Haushalte sowie die Effekte der Ausweisung von Wohnbaugebiet auf die kommunalen Finanzen über einen Zeitraum von 30 Jahren untersucht. In der ersten Stufe des Projektes lag der Fokus auf der regionalen Ebene und den privaten Haushalten, in der zweiten Stufe wurden die





Die untersuchten Standorte in der Region München wurden zu Lageklassen zusammengefasst. Lageklasse 1 entspricht einem sehr peripheren und ÖPNV-fernen Standort. Sehr zentrale und ÖPNV-nahe Wohnstandorte werden dagegen der Lageklasse 7 zugeordnet. Aufgrund des unterschiedlichen Bodenpreisniveaus wurde zudem in einen Nord- und einen Südraum unterschieden.

-  S-Bahn und Regionalbahn
-  Autobahnen
-  Bundesstraßen
-  Staatsforste
-  Lageklasse 1
-  Lageklasse 2
-  Lageklasse 3
-  Lageklasse 4
-  Lageklasse 5
-  Lageklasse 6
-  Lageklasse 7
-  Südraum

kommunale Ebene und die öffentlichen Haushalte betrachtet.

Die Untersuchungsergebnisse sollen die bestehenden Planungsinstrumente ergänzen und den Gemeinden in der Region München Entscheidungsgrundlagen bieten für eine nachhaltige, am schienengebundenen Personennahverkehr orientierte Siedlungsentwicklung und für die Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs. Sie richten sich an die Kommunen, die Maßnahmenträger des öffentlichen Verkehrs sowie die privaten

Haushalte. Die Projektergebnisse sind aber ebenso interessant für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Am 15. März 2011 fand in München die Abschlusspräsentation des Modellvorhabens durch Herrn Staatssekretär Gerhard Eck mit zahlreichen Vertretern der Kommunen, aus Fachplanung und Immobilienwirtschaft statt. Die Projektergebnisse wurden in einer Broschüre zusammengefasst (<http://www.stmi.bayern.de/bauen/baurecht/staedtebau/17358>).



2

### OBB International - Zusammenarbeit mit Shandong und St. Petersburg



1

Seit vielen Jahren pflegt die Oberste Baubehörde Kontakte mit europäischen und außereuropäischen Ländern zum Zwecke des Erfahrungsaustauschs und des Wissenstransfers im Bereich Städtebau.

Die Ausstellung „Energieeffizientes Planen und Bauen“, die im Jahr 2010 bereits in Moskau zu sehen war, wurde vom 14. bis zum 27. April 2011 in der Staatlichen Universität für Architektur und Bauwesen St. Petersburg gezeigt. Die Stadt St. Petersburg hatte aus diesem Anlass in Zusammenarbeit mit dem deutschen Generalkonsulat einen Ausstellungskatalog in russischer Sprache erstellen lassen. Im Rahmen einer Delegationsreise des Bayerischen Wirtschaftsministeriums zur Deutschen Woche in St. Petersburg wurde die Ausstellung am 14. April 2011 eröffnet. In einer Vorlesung mit anschließender Diskussionsrunde erläuterte Ministerialrat Stephan Lintner, Leiter des Sachgebietes Städtebau an der Obersten Baubehörde, am selben Tag anhand ausgewählter Modellprojekte in Bayern fachliche Hintergründe zum Thema „Energieeffizientes Planen und Bauen“.

Maßnahmen in einzelnen bayerischen Städten sowie große städtebauliche Entwicklungsprojekte in München besichtigt. In Gesprächen mit unseren chinesischen Partnern wurden die gemeinsamen Zielsetzungen erörtert und die Schwerpunkte der weiteren Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Protokoll festgelegt. Energieeffizientes und nachhaltiges Planen und Bauen bildet dabei einen gemeinsamen thematischen Schwerpunkt. Während eines Gedankenaustausches mit der Bayerischen Architektenkammer wurden von chinesischer Seite geplante städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen in drei chinesischen Städten vorgestellt, die eine nachhaltige Stadtentwicklung thematisieren.

Auch 2011 haben wir den guten Kontakt zu unseren chinesischen Partnern gepflegt. Seit der 1995 geschlossenen „Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit im Bereich des Städtebaus“ zwischen der Obersten Baubehörde und der Baubehörde in der chinesischen Provinz Shandong herrscht ein reger Austausch. Erst im August 2011 war Herr Yang, Leiter der Baubehörde von Shandong, zu Gast in Bayern. Im Rahmen des Besuchs wurden städtebauliche Sanie-

1 Vortrag von Herrn MR Stephan Lintner in der Staatlichen Universität für Architektur und Bauwesen St. Petersburg

2 Leiter der Obersten Baubehörde Josef Poxleitner mit der Delegation aus der Provinz Shandong im August 2011



1



2

### Zustimmungen im Einzelfall für innovative Kunststoffe



3

Die Anwendung innovativer Kunststoffe im Geltungsbereich der Bayerischen Bauordnung bedarf – solange hierfür keine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung vorliegt – der Zustimmung im Einzelfall der Obersten Baubehörde.

Die Anzahl entsprechender Anträge steigt seit einigen Jahren spürbar. Grund dafür ist die Entwicklung innovativer Kunststoffe, die neue Möglichkeiten für Flächentragwerke und Sonderkonstruktionen eröffnen. So erhöht eine Verstärkung des Kunststoffs mit Fasern (z. B. Glas- oder Kohlefasern) ganz wesentlich dessen Festigkeit und eine geeignete Beschichtung dessen Beständigkeit. Innovative Kunststoffe sind immer dort als Baustoff unschlagbar, wo der Planer eine hohe Festigkeit bei geringem Gewicht und/oder eine besondere Formbarkeit einfordert. Natürlich müssen neben den mechanischen Eigenschaften auch erforderlichenfalls die Alterungsbeständigkeit und das Brandverhalten untersucht werden.

Das Highlight im Jahr 2011 war die Zustimmung im Einzelfall für Rohre aus carbonfaserverstärktem Kunststoff (CFK-Rohre) für die in München errichtete ca. 52 m hohe Skulptur „Mae West“ in Form eines in Stabelementen (CFK-Rohre) aufgelösten hyperbolischen Paraboloids.

Zustimmungen im Einzelfall für Folienkissendächer aus Ethylentetrafluorethylen (ETFE) wurden z. B. erteilt für ETFE-Folienkissen mit integrierten Photovoltaik-Modulen des großflächigen Carports des AWM München.

Ebenso aus ETFE wird das Folienkissendach über dem Neubau Delfin-Lagune und Manati-Haus im Tierpark Nürnberg hergestellt; dieser Neubau erhielt auch eine Zustimmung im Einzelfall für großformatige gekrümmte „Unterwasserverglasungen“ aus Polymethylmethacrylat (PMMA = Acrylglas).

1  
„Unterwasserverglasung“ im Tierpark Nürnberg

2  
Carport des AWM, München

3  
Skulptur „Mae West“





## Wohnungswesen und Städtebauförderung

Wohnraum- und Städtebauförderungsmittel sind mit einem hohen Multiplikatoreffekt verbunden – es werden Folgeinvestitionen angestoßen, so dass der Gesamteffekt bis zum Achtfachen des eingesetzten Mittelvolumens umfasst. Von diesen Investitionen profitieren vor allem die mittelständischen Betriebe vor Ort. Das trägt zur strukturellen Verbesserung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei.

Einzelhandel und Gastronomie haben stark von der Neugestaltung des Bayerischer Marktplatzes profitiert.

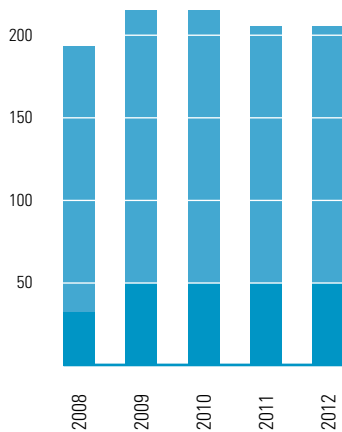


1



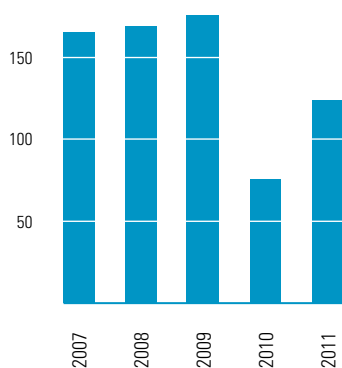
2

### Wohnraumförderung



Haushaltsmittel für die Wohnraumförderung in Bayern (in Mio. Euro)

■ Bundesmittel  
■ Landesmittel



Bayerisches Modernisierungsprogramm (bewilligte Mittel in Mio. Euro)

Der Freistaat Bayern hält im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Wohnraumförderung auf hohem Niveau. Im Bayerischen Wohnungsbauprogramm 2011 standen 205 Mio. Euro zur Verfügung, davon 155 Mio. Euro Landesmittel (darunter 10 Mio. Euro aus dem Programm „Aufbruch Bayern“) und 50 Mio. Euro Bundesmittel. Damit wurde der Neu- und Umbau von 1.192 Mietwohnungen sowie von 291 Heimplätzen für Menschen mit Behinderung mit staatlichen Haushaltsmitteln unterstützt. Zusammen mit dem Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm, das im Eigengeschäft der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt betrieben wird, konnten insgesamt 4.047 Eigenwohnungen gefördert werden.

Vor allem in den Kernstädten der Ballungszentren und in Hochschulstädten steht der Markt für Mietwohnraum unter Druck. Deshalb lag auf der Schaffung von Mietwohnraum in Ballungsgebieten wie auch in den vergangenen Jahren ein Schwerpunkt der Förderung.

Der ländliche Raum erlangte im Berichtsjahr besondere Aufmerksamkeit. Die Wohnraumförderung – hier besonders eine regional gezielte Förderung des Wohneigentums – ist ein wichtiger Haltefaktor zum Verbleib qualifizierter Fachkräfte und junger Familien in der Region sowie Anreiz zu einer Rückwanderung. So wurden die Mittel des „Aufbruchs Bayern“ bewusst in den ländlichen Raum gelenkt, um Familien mit Kindern bei der Wohneigentumsbildung zu unterstützen.

Die Modernisierung des Wohnungsbestandes ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben der Wohnungsunternehmen. Neben der Notwendigkeit, den Wohnraum an die Bedürfnisse unserer älter werdenden Gesellschaft anzupassen, ist auch im Zusammenhang mit der Energiewende der energetische Modernisierungsbedarf weiter gestiegen. In Bayern wurden im Rahmen des Bayerischen Modernisierungsprogramms Sanierungen von 2.516 Mietwohnungen und 59 Heimplätzen für alte Menschen mit einem Mitteleinsatz von 123,7 Mio. Euro gefördert.

Der Freistaat Bayern stellte 2011 für die Förderung von Studentenwohnheimen Haushaltsmittel in Höhe von 17,5 Mio. Euro, die durch weitere 10 Mio. Euro aus dem Bayerischen Wohnungsbauprogramm aufgestockt wurden, zur Verfügung. Rechtzeitig zum Anstieg der Studentenzahlen zu Beginn des Wintersemesters 2011/2012 durch die Aussetzung der Wehrpflicht und den doppelten Abiturjahrgang konnten insgesamt rd. 1.200 neue Wohnplätze bezogen werden. Mit Bekanntmachung vom 07.12.2011 erließ die Oberste Baubehörde neue Förderrichtlinien, die am 01.01.2012 in Kraft traten. Dadurch wurde die Förderung weiter verbessert; so stiegen die Förderbeträge um 6 % und eine erhöhte Förderung von Apartments für Studierende mit Kind wurde ermöglicht.



3



4

1  
Neubau von alten- und behindertengerechten Wohnungen, Ingolstadt  
Bauherr: Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Ingolstadt GmbH  
Architekten: BDA und Stadtplaner Franz Beyer und Detlef Dier, Ingolstadt  
Florian Schreiber, München

2  
Studentenwohnanlage Bürgermeister-Ulrich-Straße, Augsburg  
Bauherr: Studentenwerk Augsburg  
Architekt: Drei Architekten – Haag, Haffner, Stroheker, Stuttgart

3  
Modernisierung und Aufstockung im Modellprojekt IQ München-Sending schaffen attraktive Wohnungen für Familien mit Kindern.

4  
Nach umfassender Modernisierung des Wohnhochhauses aus den 1960er Jahren in München im Rahmen des Modellvorhabens WAL stehen senioren- und familiengerechte Wohnungen, ein großzügiger Gemeinschaftsraum, eine therapeutische Wohngemeinschaft für ältere Personen sowie ein Conciergebereich zur Verfügung.

5  
Der Neubau des e%-Modellprojekts in Ingolstadt erfüllt zukünftige energetische Standards bereits jetzt.

### Für die Zukunft gerüstet

Für neue Antworten auf die aktuellen Herausforderungen des Wohnungsmarkts setzt die Oberste Baubehörde im Rahmen des Experimentellen Wohnungsbaus innovative Pilotprojekte in ganz Bayern um. Neben den energetisch und wirtschaftlich ambitionierten Wohnungsbaumaßnahmen des Modellvorhabens „e%-Energieeffizienter Wohnungsbau“ im Neubau und Bestand befassen sich aktuell zwei Modellvorhaben mit der Herausforderung der zunehmenden Überalterung:

### Bedarfsgerechte Wohnangebote vor allem für Familien mit Kindern:

Um vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung Beispiele für eine bessere Wohnraumversorgung für Familien mit Kindern zu geben, werden seit 2010 mit dem Modellvorhaben „IQ-Innerstädtische Wohnquartiere“ zehn Pilotprojekte mit bezahlbarem und familiengerechtem Wohnraum in zentralen Stadt- und Ortslagen umgesetzt. Fast alle Wettbewerbsverfahren konnten 2011 abgeschlossen werden; eine Maßnahme befindet sich bereits in Bau.

### Auch im hohen Alter in den eigenen vier Wänden leben:

Zwölf Modellprojekte aus dem Modellvorhaben „WAL-Wohnen in allen Lebensphasen“ bieten barrierefreie Wohngrundrisse, erleichtern nachbarschaftliches Miteinander und gewährleisten Unterstützungs- und Pflegeleistungen bei Bedarf. 2011 konnten die Maßnahmen vollständig oder in wesentlichen Bauabschnitten fertiggestellt werden. Der Callwey-Verlag hat diese und andere Projekte des Experimentellen Wohnungs-

baus in dem Buch „Wohnen – Neue Architektur für den demografischen Wandel – Wohnmodelle Bayern Band 5“ herausgebracht. Die begleitende Wanderausstellung wurde bereits an mehreren Standorten gezeigt.

### Innovation im ländlichen Raum:

Nicht alltägliche Lösungskonzepte für die besonderen demografischen Herausforderungen ländlich geprägter Regionen waren Inhalt des Wohnprojektetags Bayern „Land voraus – Neues Wohnen außerhalb der Metropolen“ am 25. Oktober 2011, der einen Bogen von künftigen Entwicklungsoptionen bis zu beispielhaften Wohnungsbauten spannte.



5



1

**Konjunkturpaket II  
und Investitionspakte  
Bund-Länder-Kommunen  
2008 und 2009**

Das Programm „Energetische Sanierung von kommunaler Infrastruktur“ des Konjunkturpakets II wurde erfolgreich abgeschlossen. Hier wurden insgesamt 794.504.606 Euro Finanzhilfen des Bundes und des Landes eingesetzt. Die Mittel wurden in voller Höhe termingerecht von den Förderstellen (Sachgebiete 35 Wohnungswesen in den Bezirksregierungen sowie Sachgebiet Verwaltungssteuerung der Regierung der Oberpfalz) an die Zuwendungsempfänger (Kommunen, private und kirchliche Träger) ausgezahlt. Innerhalb von weniger als drei Jahren wurden 1.513 Maßnahmen der Infrastruktur in 1.006 Kommunen ausgewählt, gefördert und modernisiert oder ersatzweise neu errichtet.

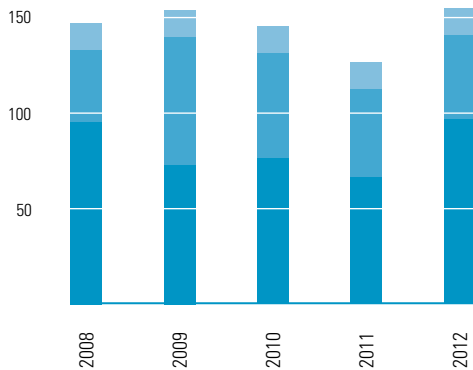
Dank der reibungslosen Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Kommunen, privaten und kirchlichen Trägern sowie der Obersten Baubehörde wurde das von seiner Dimension nahezu einmalige Programm „Energetische Sanierung von kommunaler Infrastruktur“ sehr erfolgreich umgesetzt. In dem knappen Zeitraum wurde ein Investitionsvolumen von 1,21 Mrd. Euro freigesetzt und damit ein beachtlicher Impuls für das heimische Handwerk und die mittelständische Wirtschaft geleistet. Die erzielten Einsparungen beim Energiebedarf der Gebäude kommen der Umwelt und gleichermaßen den kommunalen Haushalten zu Gute.

Auch die Investitionspakte 2008 und 2009 zwischen Bund, Länder und Kommunen befanden sich noch in der Umsetzungsphase. Für die energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur in Gemeinden standen hier zusammen mit den kommunalen Mitteln weitere 144 Mio. Euro zur Verfügung. Damit konnten rund 150 Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und (Schul-)Turnhallen gefördert werden.

Die enorme Nachfrage nach den Programmen hat gezeigt, dass bei den Kommunen nach wie vor ein hoher Bedarf an der energetischen Modernisierung ihrer Schulen, Kindergärten und Sporthallen besteht. Das beachtliche Fördervolumen des Konjunkturpakets II reichte nicht aus, um die Vielzahl der kommunalen Gebäude energetisch zu sanieren; es existieren nach wie vor enorme Einsparpotenziale.

1  
Energetische Modernisierung des Kath.  
Kindergartens St. Elisabeth, Kürnach,  
Landkreis Würzburg  
Bauherr: Gemeinde Kürnach  
Architekt: Jäcklein, Volkach





Mittel für die Städtebauförderung in Bayern (in Mio. Euro)

■ Landesmittel  
■ Bundesmittel  
■ EU-Mittel



1

### Finanzausstattung der Städtebauförderung

Für acht Programme der Städtebauförderung mit unterschiedlichen Schwerpunkten standen 2011 insgesamt 126,8 Mio. Euro an Fördergeldern zur Verfügung. 67,1 Mio. Euro davon stellte der Freistaat Bayern bereit, 45,7 Mio. Euro der Bund und 14,0 Mio. Euro die EU. Gegenüber 2010 ergab sich damit eine Reduzierung der Finanzhilfen, da der Bund seine Mittel für die Städtebauförderung deutlich gekürzt hat. Insbesondere das erfolgreiche Programm „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ war davon betroffen, das Programmvolumen sank hier um mehr als 70 %.

### 40 Jahre Städtebauförderung in Bayern

Die Anforderungen, die Städte, Märkte und Gemeinden als sozialer Raum, als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Erholen, aber auch als Stätten des Handels und Gewerbes erfüllen müssen, ändern sich ständig. Dem entsprechend sind sie einem fortwährenden Umbau unterworfen. Die Städtebauförderung unterstützt die Kommunen bei diesem Veränderungsprozess. Ihre Anstoßwirkung für Investitionen, die häufig ein Mehrfaches der Finanzhilfen betragen, macht sie zu einem wichtigen, strukturell äußerst erfolgreichen Instrument der Strukturpolitik. 2011 jährte sich die Einführung der Städtebauförderung zum 40. Mal.

Aus Anlass des Jubiläums veranstaltete die Oberste Baubehörde am 17. Oktober 2011 eine Fachtagung in Regensburg mit mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Dabei wurde eine Ausstellung eröffnet, die einen Rückblick auf 40 Jahre erfolgreiche Projekte umfasst, vor allem aber einen Ausblick auf Handlungsschwerpunkte und Aufgaben, mit denen sich die Kommunen mit Unterstützung der Städtebauförderung in Zukunft auseinandersetzen müssen. In den nächsten Monaten wird diese Jubiläumsausstellung in verschiedenen bayerischen Kommunen gezeigt. Auch eine Broschüre „40 Jahre Städtebauförderung in Bayern“ wurde anlässlich der Fachtagung der Öffentlichkeit vorgestellt.



1  
Für das „Soziale Bürgerhaus“ wurde in der Ortsmitte von Arnstein-Binsfeld ein denkmalgeschütztes Gebäude saniert und um einen Anbau ergänzt.



1



2

### **Konjunkturpaket II – Sonderprogramm Städtebauförderung**

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde ein Sonderprogramm der Städtebauförderung mit einem Volumen von 18,2 Mio. Euro aufgelegt. Schwerpunkt der Maßnahmen waren kommunale Investitionen in die städtebauliche Infrastruktur, insbesondere Gemeinbedarfseinrichtungen. In Einzelfällen konnte der Fördersatz in besonders struktur- und finanzschwachen Kommunen auf bis zu 90 % angehoben werden. Auswahlkriterien waren v. a. die Nachhaltigkeit der Maßnahmen, die fachliche Qualität der Projekte und die Finanzkraft der Gemeinden. Insgesamt wurden Projekte in 60 Städten, Märkten und Gemeinden aus dem ganzen Freistaat gefördert. Die Maßnahmen wurden auf die bestehenden kommunalen Konzepte der städtebaulichen Erneuerung abgestimmt. Die geförderten Projekte haben so einen wichtigen Beitrag zur Aufwertung von Innenstädten, Ortszentren und Wohnquartieren geleistet. Alle Maßnahmen wurden fristgerecht 2011 umgesetzt und abgerechnet.

1  
Der neue Stockerhut-Park wertet den gleichnamigen Stadtteil in Weiden i.d. Oberpfalz auf und schafft v.a. für Kinder und Jugendliche vielfältig nutzbare Freibereiche.

2  
Die Kunsthalle Schweinfurt hat in den charakteristischen Räumen des ehemaligen Ernst-Sachs-Bads einen attraktiven Standort gefunden und trägt entscheidend zur Belebung der Innenstadt bei.

### **Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“**

Die Ortsmitte ist gerade für kleinere Städte, Märkte und Gemeinden im ländlichen Raum als räumlicher und sozialer Identifikationsort von großer Bedeutung. Allerdings hat in den letzten Jahren der demographische und wirtschaftsstrukturelle Wandel vor allem in abseits der Wachstumsräume liegenden Kommunen zu Gebäudeleerständen, Brachflächen und Infrastrukturdefiziten auch in den Ortszentren geführt. Die Behebung dieser Problematik erweist sich in Regionen mit geringer wirtschaftlicher Dynamik zunehmend als schwierig.

Um neue Instrumente der Ortsmittenstärkung zu entwickeln und zu erproben, hat die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern 2010 das Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ ausgelobt. Als Teilnehmer wurden Blaibach, Freyung, Kemnath, Mertingen, Mitwitz, Röttingen, Schnaittach, Schrobenhausen, Stadtlauringen und die interkommunale Kooperation der Städte Schwarzenbach a. Wald, Selbitz und Naila ausgewählt. Innerhalb der dreijährigen Laufzeit findet ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen den zwölf Modellkommunen, der wissenschaftlichen Begleitforschung und der Fachöffentlichkeit statt. Im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung am 4. März 2011 in Stadtlauringen stand die Vorstellung der spezifischen Ansätze der Modellprojekte zur Leerstandsbewältigung in den Stadt- und Ortskernen. Am 10. November 2011 wurde der Erfahrungsaustausch in Mitwitz mit einer Transferwerkstatt mit allen Modellkommunen fortgesetzt.



1

### Ländlicher Raum und interkommunale Zusammenarbeit

Die Städtebauförderung ist ein äußerst wichtiges und erfolgreiches Instrument, um die Städte, Märkte und Gemeinden im ländlichen Raum zu stärken, zukunftsfähig zu gestalten und als lebenswerte Heimat für viele Menschen zu erhalten. 2011 flossen mit über 97 Mio. Euro fast 77 % der Städtebauförderungsmittel in den ländlichen Raum. Die Städtebauförderung trägt damit wesentlich dazu bei, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in Bayern zu schaffen. Mit den von der Städtebauförderung angestoßenen Prozessen gelingt es in den Programmkommunen vielfach, trotz schwieriger Ausgangslage eine Aufbruchstimmung in der Bevölkerung zu erzeugen und zu vermitteln, dass jede Stadt oder Gemeinde ihre besonderen Qualitäten hat.

Seit 2010 unterstützt das Bund-Länder-Programm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ gezielt die interkommunale Zusammenarbeit von Gemeinden in dünn besiedelten, von Abwanderung bedrohten ländlichen Räumen. Gefördert werden mit dem Programm insbesondere interkommunale Entwicklungskonzepte und Investitionen zur Sicherung und Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge.

### Konversion, demographischer Wandel und Energiewende

Im Zusammenhang mit der Bundeswehrstrukturreform wurde im Herbst 2011 das neue Stationierungskonzept der Streitkräfte veröffentlicht. Auch einige bayerische Kommunen sind von Standortschließungen oder dem Abbau von Dienstposten betroffen, insbesondere in Schwaben und in Oberbayern. Die Unterstützung der Kommunen bei der Konversion der frei werdenden Flächen wird eine bedeutende Aufgabe der Städtebauförderung in den nächsten Jahren sein. Ein weiteres aktuell wichtiges Thema, dem sich die Städtebauförderung verstärkt widmen wird, ist die Nachnutzung brach gefallener Gewerbe- und Industrieareale. Ein dritter Schwerpunkt ist die Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels. Dies umfasst, neben dem Umgang mit zurückgehenden Bevölkerungszahlen, wie er v. a. für den nord- und nordostbayerischen Raum, aber auch Teile Schwabens und Mittelfrankens prognostiziert wird, auch erforderliche Anpassungsmaßnahmen auf Grund der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung. Und schließlich wird die Städtebauförderung zusammen mit den Programmkommunen ihren Beitrag zur Energiewende leisten.

1

Der Südpunkt trägt mit Angeboten zur Fort- und Weiterbildung und kulturellen Aktivitäten zur Bewältigung des Strukturwandels in der Nürnberger Südstadt bei. Der Neubauteil des Projekts erreicht als erstes öffentliches Gebäude in Nürnberg Passivhausstandard.





## Straßenbau

Eine gut ausgebaute, leistungsfähige und gut instand gehaltene Straßeninfrastruktur ist die Grundlage für eine positive wirtschaftliche Entwicklung sowie für Wohlstand und Mobilität des Einzelnen. Die prognostizierte Verkehrszunahme und der sanierungsbedürftige Zustand vieler Straßen verdeutlichen die Notwendigkeit, in den Ausbau und die Erhaltung unserer Straßeninfrastruktur zu investieren.

Ersatzneubau der Kauppenbrücke im Zuge des sechsstreifigen Ausbaus der A 3 Aschaffenburg–Würzburg. Durch die neue, von Waldaschaff abgerückte Linienführung wurde die Lärmbelastung für die Anwohner deutlich reduziert.



1



2

## Straßenbau in Bayern 2011

Für die Bundesfernstraßen hat uns der Bund im letzten Jahr 1,021 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Das ist insgesamt ein sehr gutes Ergebnis, wenngleich wir das Niveau der Vorjahre wegen des Auslaufens der Konjunkturprogramme nicht mehr erreicht haben. Eine Reihe großer Projekte konnte fertig gestellt werden. Beispiele hierfür sind der sechsstreifige Ausbau der A 3 bei Waldaschaff und westlich des Autobahndreiecks Würzburg-West, die zweibahnige B 15neu im Abschnitt zwischen Saalhaupt und Neufahrn und die Ortsumgehungen von Au i.d. Hallertau und von Forchheim. Auch bei der A 94 haben wir mit der Fertigstellung des ersten Teilstücks der Trasse Dorfen im Bereich zwischen Forstinning und Pastetten einen wichtigen Meilenstein erreicht.

Die vielen laufenden Projekte haben bereits den größten Teil der Mittel für sich beansprucht. Mit Ausnahme des als PPP-Projekt finanzierten sechsstreifigen Ausbaus A 8 Ulm–Augsburg konnten wir deshalb in 2011 kein Großprojekt beginnen.

Im Staatsstraßenbau standen 2011 insgesamt 215 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung, nachdem der Bayerische Landtag zu Jahresbeginn die Mittel für Bestandserhaltung und Ausbau um 92 Millionen Euro aufgestockt hatte. Der Freistaat Bayern konnte damit einen kräftigen Investitionsimpuls setzen, obwohl auch hier die Konjunkturprogramme ausgelaufen sind. Mit rund 135 Millionen Euro haben wir so viel wie noch nie zuvor in die Bestandserhaltung investiert. Damit konnten auch die erheblichen Frostschäden des Winters 2010/11 zügig beseitigt werden.

1  
Deckenbau an der Staatsstraße 2234 bei Hohenfels. Mit 135 Mio. Euro wurde im Jahr 2011 eine Rekordsumme in die Erhaltung der Staatsstraßen investiert.

2  
Die zweibahnige Bundesstraße B 15neu soll zukünftig in Nord-Süd-Richtung von der A 93 bei Regensburg bis zur A 8 bei Rosenheim verlaufen. Im Jahr 2011 konnten die ersten 21,6 km im Abschnitt zwischen Saalhaupt (A 93) und Neufahrn i.NB. dem Verkehr übergeben werden. 159 Mio. Euro wurden hier investiert. Auch der anschließende Abschnitt bis Essenbach ist bereits in Bau.



1

## Neuer Ausbauplan für die Staatsstraßen

Der Ministerrat hat am 11. Oktober 2011 den 7. Ausbauplan beschlossen und mit Wirkung vom 1. Januar 2011 rückwirkend in Kraft gesetzt. Der Ausbauplan legt fest, welche Staatsstraßen in den nächsten Jahren neu- bzw. ausgebaut werden sollen. Die Erhaltung der Straßen sowie einfache Um- und Ausbauprojekte sind nicht Gegenstand des Ausbauplans.

Bei der Aufstellung des Ausbauplans haben wir ein gesamtwirtschaftliches Bewertungsverfahren angewandt. Dieses ermöglicht eine Dringlichkeitsreihung der erwogenen Projekte nach bayernweit einheitlichen und objektiven Kriterien. Die Kernkomponente des Bewertungsverfahrens stellt die Nutzen-Kosten-Analyse (NKA) dar. Hier werden die durch das betrachtete Straßenbauprojekt hervorgerufenen Wirkungen (Projektnutzen) in Form von Geldbeträgen ermittelt und dem Investitionsmittelbedarf (Projektkosten) gegenübergestellt. Dabei gelten Projekte ab einem Nutzen-Kosten-Verhältnisses (NKV) von größer 1,0 grundsätzlich als bauwürdig.

Da sich nicht alle Projektwirkungen in monetären Größen darstellen lassen, umfasst das Bewertungsverfahren als weitere, nicht monetäre Komponenten eine Umweltrisikoeinschätzung (URE) und eine Raumwirksamkeitsanalyse (RWA). Die Umweltrisikoeinschätzung dient zur Berücksichtigung der Umweltschutzgüter. Dazu wird einerseits in einer Raumanalyse das Umweltrisiko für den Projektraum ermittelt. Je nach Höhe des Umweltrisikos sind beispielsweise der naturschutzfachliche Vermeidungs- und Kompensationsaufwand des Projektes zu erhöhen

oder umweltgerechtere Varianten zu untersuchen. Andererseits fließt auch die voraussichtliche Flächenversiegelung durch das Projekt in die Betrachtung der URE ein. Je höher das Umweltrisiko des Projektraums und je höher die Flächenversiegelung pro Kilometer, desto umweltkritischer ist das Projekt. Im Rahmen der Raumwirksamkeitsanalyse sollen raumordnerisch bedeutsame Projekte identifiziert werden. Die raumordnerische Relevanz eines Projektes ist abhängig von der Verbindungsfunktionsstufe der Straße und der Strukturstärke des Raums, in dem sich das Projekt befindet. Je höher die Verbindungsfunktionsstufe einer Straße und je strukturschwächer ein Raum ist, desto höher ist die raumordnerische Relevanz des Projektes. Die Gesamtheit aller Aspekte, nämlich Nutzen-Kosten-Verhältnis, Umweltrisiko und Raumwirksamkeit sowie außerdem der Projektstand gibt den Ausschlag für die Dringlichkeitseinstufung des Projektes.

Der 7. Ausbauplan enthält in der 1. Dringlichkeit die Projekte, die in den Jahren 2011 bis 2020 realisiert werden sollen. Darüber hinaus wird eine Planungsreserve (1. Dringlichkeit Reserve) mit einem zeitlichen Umfang von fünf Jahren (2021 bis 2025) angesetzt. Die weiteren als wirtschaftlich erachteten Projekte werden in die 2. Dringlichkeit aufgenommen (Realisierung nach 2025). Für die Aufnahme der Projekte in die einzelnen Dringlichkeiten wurde von einem jährlichen Finanzvolumen von 100 Mio. Euro ausgegangen. Insgesamt enthält der Ausbauplan 666 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 3,2 Mrd. Euro, wovon 3,0 Mrd. Euro vom Land zu tragen sind.

1

Der 7. Ausbauplan für die Staatsstraßen enthält in der 1. Dringlichkeit 253 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rd. 1 Mrd. Euro. Eines davon ist die Orts-umgehung Lenting-Kösching im Zuge der Staatsstraße 2335, mit deren Bau bereits begonnen wurde.



1

### **Kostenbewusstes Planen und Bauen**

Kostenbewusstes Planen und Bauen ist mehr denn je für das Handeln der planenden und bauenden Verwaltungen von großer Bedeutung, da die öffentlichen Haushalte angespannt und die Fördermittel rückläufig sind, der Nachholbedarf bei Erhaltung und Ausbau der straßenbaulichen Infrastruktur zunimmt und die Verkehrssicherheit weiter verbessert werden muss. Das gilt für die Straßen des überörtlichen Verkehrs genauso wie für die kommunalen Straßen.

Vor diesem Hintergrund hat die Bayerische Straßenbauverwaltung „Planungshilfen für einbahnige, nicht oder unzureichend ausgebaute Straßen“ erarbeitet. Die Planungshilfen geben aktuelle Hinweise und praxisnahe Anregungen, wie die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im gesamten Planungs- und Bauprozess durch kostenbewusste Lösungsansätze möglichst wirtschaftlich, nachhaltig und zielführend eingesetzt werden können.

Angemessene und wirtschaftliche Lösungen können durchaus auch unterhalb des gewohnten Ausbaustandards liegen. Deutliche Kostenvorteile eines Umbaus gegenüber einem Aus- oder Neubau rechtfertigen auch gewisse Einschränkungen in der Verkehrsqualität (bestandsorientierter Ausbau). Die Möglichkeiten zur Kosteneinsparung, z.B. bei Trassierung, Querschnitt, Aufbau und Ausstattung, können dabei allerdings nicht losgelöst von Aspekten wie Verkehrssicherheit und Gesamtkosten über den Lebenszyklus betrachtet werden. Kostenbewusstes Planen und Bauen ist kein „billiges“ Planen und Bauen. Der Blick erstreckt sich deshalb auch auf die Folgekosten für die Unterhaltung.

Es genügt nicht nur das Einzelprojekt zu betrachten; Ziel ist es vielmehr, mit den begrenzten Mitteln im Gesamtnetz möglichst viel zu verbessern.

1

Ein Straßenausbau muss nicht zwangsläufig eine gestreckte Linienführung zur Folge haben. Auch bestandsorientierte und dadurch kostengünstige Ausbaulösungen können angemessen sein.





1



2

### Planungsdialog für den Ausbau der A 8 Rosenheim–Salzburg

Die Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsprozess für Straßenbauvorhaben hat für die Bayerische Straßenbauverwaltung seit jeher einen hohen Stellenwert, da diese zu einer besseren Aufklärung, einer höheren Akzeptanz und guten Planungsergebnissen beitragen kann.

Der offene Planungsdialog als eine Form der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wurde in Bayern erstmals für den Ausbau der A 8 Rosenheim bis Salzburg angewandt und konnte im Jahr 2011 erfolgreich abgeschlossen werden. Hierbei kamen im Vorfeld des Autobahnausbaus über 13 Gemeinden und drei Landkreise hinweg die Beteiligten in drei getrennten Arbeitsgruppen regelmäßig zusammen, um Vorstellungen, Wünsche und konstruktive Kritik zu äußern und zeitgemäße Ausbaulösungen zu entwickeln. Auch wenn die Maximalforderungen der Bürgerinitiativen und Verbände nicht in vollem Umfang berücksichtigt werden konnten – was als Ziel den Dialog von Haus aus überfordert hätte – stellen die für die weiteren Planungsschritte empfohlenen Planungsvarianten erhebliche Verbesserungen für die lärmgeplagten Anwohner an der A 8 dar. Insgesamt sechs Einhausungen, Lärmschutzgalerien bzw. galerieartige Abschirmungen mit einer Gesamtlänge von mehr als 3000 m sollen den hauptbetroffenen Ortslagen den bestmöglichen und wirtschaftlich noch vertretbaren Lärmschutz bringen.

Der Aufwand war mit insgesamt 32 Arbeits- und Lenkungsgruppensitzungen für die Straßenbauverwaltung und für die beteiligten Landkreise, Gemeinden, Initiativen und Verbände – es waren rund 80 Personen in den Dialogforen unmittelbar vertreten – zweifelsohne hoch. Es hat sich aber gelohnt. In den weiteren Planungsschritten, bei denen die am bisherigen Planungsdialog Beteiligten dabei bleiben sollen, werden nunmehr die technischen, naturschutz- und umweltfachlichen Detailpläne erarbeitet mit dem Ziel, in den nächsten Jahren sukzessive Baurecht für den dringend nötigen Ausbau der A 8 zu schaffen und die Finanzierung des Ausbaus sicherzustellen.

1

Die A 8 Rosenheim–Salzburg reicht teils sehr nah an die bestehende Wohnbebauung heran. Die im Planungsdialog erarbeiteten Planungsempfehlungen stellen erhebliche Verbesserungen für die lärmgeplagte Bevölkerung dar.

2

Gebaut in den 1930er Jahren, sind viele Bauwerke im Zuge der A 8 dringend erneuerungsbedürftig. Akuter Handlungsbedarf bestand insbesondere bei der Talbrücke Bergen, für die im Vorgriff auf den sechsstreifigen Ausbau ein Ersatzneubau errichtet wird.



1

### Sichere Tausalzbevorratung

Der ganzjährig reibungslose Ablauf des Straßenverkehrs ist von großer Bedeutung für unsere Volkswirtschaft. Zur Bekämpfung der winterlichen Glätte wird auf den wichtigen Straßen des überörtlichen Verkehrs grundsätzlich Tausalz eingesetzt.

Die Bayerische Straßenbauverwaltung lagert das benötigte Tausalz vorrangig in den Salzhallen und Salzsilos der Autobahn- und Straßenmeistereien vor Ort. Diese örtlichen Lager werden in den Sommermonaten gefüllt. Zusätzlich deckten bisher Lieferverträge mit den Salzlieferanten einen etwaigen, in den Wintermonaten auftretenden Mehrbedarf ab.

Aufgrund der starken Schneefälle in den beiden letzten Winterperioden kam es in ganz Deutschland – trotz der vorhandenen Lieferverträge – wiederholt zu längeren Engpässen. Ein Salznotstand auf dem Netz der Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen in Bayern konnte nur durch eine bayernweite Disponierung der überhaupt noch anlieferbaren Kleinmengen verhindert werden.

Bereits in der Winterperiode 2010/2011 hat die Bayerische Straßenbauverwaltung daher ein lieferantenunabhängiges Salzmanagement erprobt. In Kulmbach wurden im Sommer 2010 rund 25.000 t Streusalz in einer privaten Halle eingelagert. Die erforderlichen Salznachlieferungen an die Straßenmeistereien der Staatlichen Bauämter Bamberg und Bayreuth kamen im folgenden Winter ausschließlich aus dieser Zentrallhalle. Gestützt auf die positiven Erfahrungen aus dem oberfränkischen Pilotprojekt wurde das neue Salzmanagement kurzfristig auf zusätzliche

Standorte erweitert. Gerade in den schneereichen Regionen im Osten und Süden Bayerns gelang es dadurch, ein zuverlässiges Nachfüllen der Lager in den Autobahn- und Straßenmeistereien sicherzustellen.

Die Bayerische Straßenbauverwaltung kalkuliert nun für einen Extremwinter mit einem Tausalzbedarf von maximal 700.000 t, aufgeteilt nach 300.000 t in den Meistereilagern, 250.000 t in den neuen Zentrallagern sowie nur noch 150.000 t zusätzliche winterliche Nachlieferungen durch die Salzlieferanten. Eine sichere Tausalzbevorratung in Bayern ist dadurch gewährleistet. Die Sperrung von Autobahnabschnitten wegen Salzknappeit ist in Bayern nicht zu befürchten.

1  
Einlagerung des Salzes in das private Zentrallager im Hafen von Deggendorf. Das Lager fasst 40.000 Tonnen Streusalz und ist seit dem Winter 2011/2012 in Betrieb.



1

### Ausblick 2012

Für 2012 erwarten wir bei den Bundesfernstraßen ein ähnliches Investitionsvolumen wie für 2011. Dabei ist bereits berücksichtigt, dass der Bund in den Jahren 2012 und 2013 bundesweit zusätzlich insgesamt 1 Mrd. Euro in die Verkehrsinfrastruktur – also Straße, Schiene und Wasserstraße – investieren will. Damit können wir insbesondere laufende Projekte verstärken und beschleunigen sowie zusätzliche Erhaltungsmaßnahmen durchführen.

Da Bayern noch einen hohen Bedarf für laufende Baumaßnahmen hat, bleiben auch 2012 die Spielräume für neue Bedarfsplanprojekte gering und es können nur wenige Maßnahmen begonnen werden.

Der Bayerische Landtag hat für das Jahr 2012 beschlossen, den bisherigen Haushaltsansatz für die Investitionsmittel der Staatsstraßen von 110 Millionen Euro um 105 Millionen Euro aufzustocken. Dadurch stehen für 2012 wieder insgesamt 215 Millionen Euro zur Verfügung. Der Freistaat Bayern führt den Staatsstraßenbau auf dem Niveau zu Zeiten der Konjunkturprogramme und des Jahres 2011 fort.

1

Erdbau an der A 3 zwischen der Anschlussstelle Hösbach und der Kaupfenbrücke. Bis 2011 wurde bereits über die Hälfte der Strecke zwischen Aschaffenburg und Würzburg mit Gesamtkosten von über 500 Mio. Euro sechsstreifig ausgebaut. Der Ausbau der A 3 bleibt weiterhin ein Investitionsschwerpunkt.





## Zahlen und Daten

„Sichere Tausalzbevorratung“  
Einlagerung des Salzes in die private  
Zentralhalle in Schwarzenfeld mit einer  
Lagerkapazität von 27.000 Tonnen

## Unsere Leistungen im Überblick

Bauvolumen 2011 (in Mio. Euro)

Ist-Ausgaben  
davon Mittel des Bundes und der EU  
Ist-Bewilligungen  
Erzieltes Bauvolumen

### 1. Staatliche Baumaßnahmen und sonstige durch die Staatsbauverwaltung ausgeführte Baumaßnahmen

Kategorie	Maßnahme	Ist-Ausgaben	davon Mittel des Bundes und der EU	Ist-Bewilligungen	Erzieltes Bauvolumen
Hochbau	Staatlicher Hochbau	1.088	172	0	1.088
	Hochbau Bund	388	388	0	388
	Hochbau für Dritte <sub>3</sub>	58	0	0	58
	<b>Zwischensumme</b>	<b>1.534</b>	<b>560</b>	<b>0</b>	<b>1.534</b>
Straßen- und Brückenbau	Staatsstraßen	350	9	0	350
	Bundesfernstraßen	1.021	1.021	0	1.021
	Kreisstraßen und sonstige Betreuungsstraßen <sub>3</sub>	44	0	0	44
	<b>Zwischensumme</b>	<b>1.415</b>	<b>1.030</b>	<b>0</b>	<b>1.415</b>
<b>Summe 1</b>		<b>2.949</b>	<b>1.590</b>	<b>0</b>	<b>2.949</b>

### 2. Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen

Kategorie	Maßnahme	Ist-Ausgaben	davon Mittel des Bundes und der EU	Ist-Bewilligungen	Erzieltes Bauvolumen
Wohnungs- /Städtebau	Wohnungsbau, 1. + 2. Förderweg	2	1	0	0
	Wohnraumförderung	134	51	199	648
	Studentenwohnraum	24	0	17	45
	Städtebau	134	67	127	204
	Energetische Sanierung sozialer Infrastruktur	29	20	0	0
	Energetische Sanierung Konjunkturpaket II	415	352	0	0
	<b>Zwischensumme</b>	<b>738</b>	<b>491</b>	<b>343</b>	<b>897</b>
Straßenbau	Kommunaler Straßenbau <sub>4</sub>	140	129	140	280
	Ortsumfahrungen <sub>5</sub>	23	0	23	30
	<b>Zwischensumme</b>	<b>163</b>	<b>129</b>	<b>163</b>	<b>310</b>
	<b>Summe 2</b>	<b>901</b>	<b>620</b>	<b>506</b>	<b>1.207</b>
<b>Summe 1 + 2</b>		<b>3.850</b>	<b>2.210</b>	<b>506</b>	<b>4.156</b>

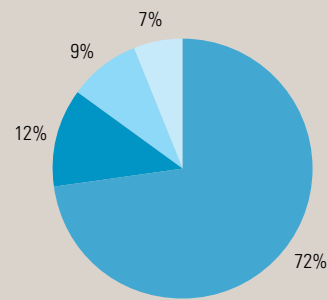
### 3. Mitwirkung bei der Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen als fachlich zuständige Verwaltung<sub>6</sub>

Kategorie	Maßnahme	Ist-Ausgaben	davon Mittel des Bundes und der EU	Ist-Bewilligungen	Erzieltes Bauvolumen
Hochbau	Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Schul- und Breitensportanlagen				2.587
	Zuwendungsbaumaßnahmen des Bundes inkl. Konjunkturpaket II				195
	Wohnungsfürsorge des Bundes				0
Straßenbau	Kommunaler Straßenbau <sub>7</sub>				246
	Öffentlicher Personennahverkehr (U- und S-Bahnen) <sub>8</sub>				117
<b>Summe 3</b>					<b>3.145</b>

**Summe 1 + 2 + 3**

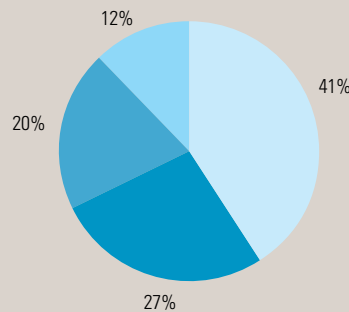
**7.301**

- Bei den Förderungsmaßnahmen (Ziffer 2) setzen sich die Ist-Ausgaben in der Regel aus Teilbeträgen für mehrere Programmjahre zusammen.
- Das erzielte Bauvolumen ist für Ziffer 1 (staatliche Baumaßnahmen etc.) identisch mit den Ist-Ausgaben. Für Ziffer 2 (Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen) ergibt sich das erzielte (geförderte) Bauvolumen aus den Ist-Bewilligungen und aus den Leistungen der Zuwendungsempfänger.
- Nur soweit sie in der Betreuung der Staatsbauverwaltung stehen.
- Förderung mit Mitteln nach § 2 BayGVFG (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz).
- Staatliche Zuweisungen zum Bau von in gemeindlicher Sonderbaulast stehenden Ortsumfahrungen im Zuge von Staatsstraßen.
- Mitwirkung nach Verwaltungsvorschrift Nr. 6 zu Art. 44 BayHO (Bayerische Haushaltsordnung) und Nrn. 2, 4 und 7 BayZBau (Baufachliche Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungen) sowie den entsprechenden Bestimmungen der Bundeshaushaltsordnung.
- Förderung mit FAG (Finanzausgleichsgesetz)-Mitteln.
- Förderung mit FAG-Mitteln und Mitteln des BayGVFG (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz).



**Kostenstruktur im Hoch- und Straßenbau**

- 72 % Bau- und Grunderwerbskosten von Hoch- und Straßenbaumaßnahmen
- 12 % Sach- und Personalkosten sowie Unternehmerleistungen im Straßenbetriebsdienst
- 9 % Sach- und Personalkosten der Bauämter und Autobahndirektionen
- 7 % Honorarkosten für freiberufliche Leistungen

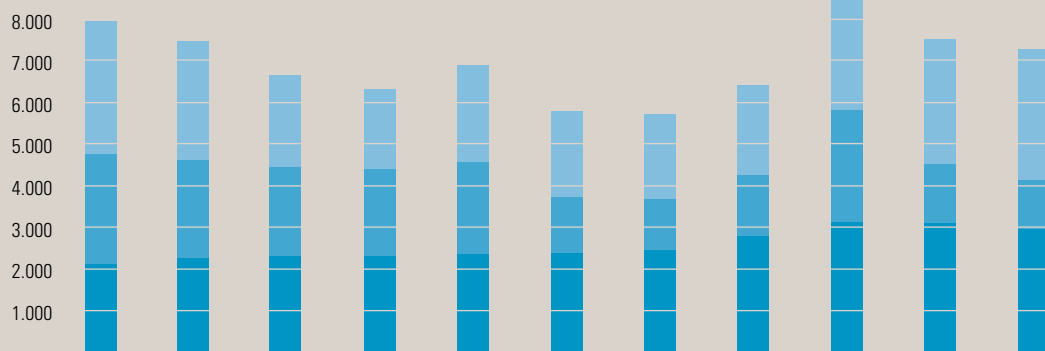


**Leistungsspektrum der Bauämter und Autobahndirektionen**

(ohne Straßen- und Autobahnmeistereien)

- 41 % Leistungen freischaffender Beteiligter
- 27 % Projektbearbeitung (Planung und Bauleitung)
- 20 % Projektmanagement und Bauherrnaufgaben
- 12 % Liegenschaftsbetreuung, Straßenverwaltung, allgemeine baufachliche Angelegenheiten

**Entwicklung des Bauvolumens von 1994 bis heute** (in Mio. Euro)

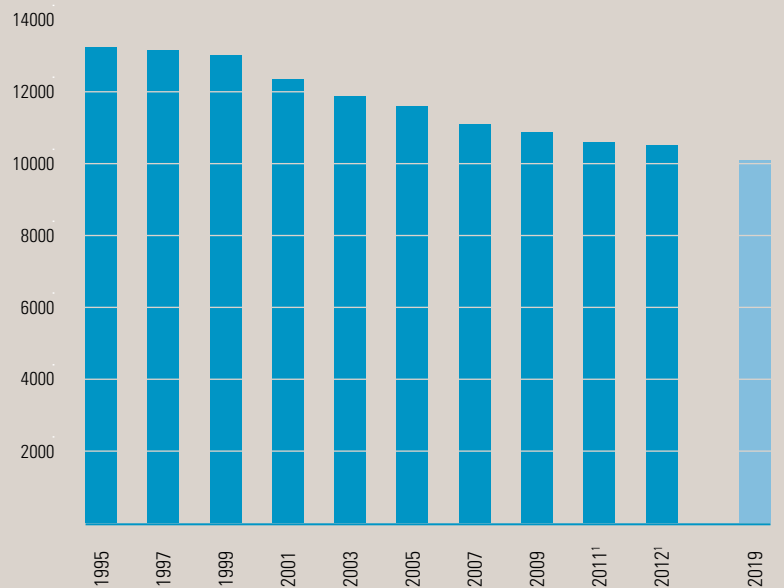


	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006	2008	2009	2010	2011
1. Staatliche Baumaßnahmen	2.108	2.266	2.315	2.312	2.349	2.390	2.462	2.789	3.140	3.092	2.949
2. Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen	2.685	2.365	2.133	2.095	2.246	1.349	1.228	1.478	2.709	1.444	1.207
3. Mitwirkung bei Fördermaßnahmen	3.190	2.854	2.220	1.921	2.324	2.060	2.047	2.163	2.868	3.015	3.145
<b>Gesamt</b>	<b>7.983</b>	<b>7.485</b>	<b>6.668</b>	<b>6.329</b>	<b>6.919</b>	<b>5.799</b>	<b>5.737</b>	<b>6.430</b>	<b>8.717</b>	<b>7.551</b>	<b>7.301</b>

**Personal**

**Personal der Staatsbauverwaltung nach  
Geschlecht und Altersgruppen (Köpfe)**

			bis 24	25 bis 29	30 bis 34	35 bis 39	40 bis 44	45 bis 49	50 bis 54	55 bis 59	60 und älter	Gesamtergebnis	
Autobahndirektion und Bauämter	Hochbau	w	17	22	55	72	115	132	98	64	29	604	
		m	9	26	63	123	186	200	290	260	151	1308	
	Straßenbau			15	29	36	60	91	80	86	62	24	483
				24	51	98	193	220	293	309	276	141	1605
	Straßenbetriebsdienst			0	7	4	6	20	27	28	24	13	129
				119	146	166	252	474	701	703	466	224	3251
Querschnittsbereich			8	30	44	50	113	175	185	142	48	795	
			10	28	22	38	52	109	163	148	96	666	
Nachwuchs	Auszubildende		44	2	0	0	0	0	0	0	0	46	
			127	3	1	0	0	0	0	0	0	0	131
	Anwärter, Referendare		7	9	8	5	0	0	0	0	0	0	29
			5	18	26	3	1	0	0	0	0	0	53
Vorgesetzte Dienststellen	Regierungen		0	1	7	4	6	6	20	6	2	52	
			0	0	3	6	9	17	31	24	17	107	
	Oberste Baubehörde		1	2	11	13	18	26	36	11	12	130	
			1	5	4	13	33	28	36	31	40	191	
Gesamt	w		92	102	165	210	363	446	453	309	128	2268	
	m		295	277	383	628	975	1348	1532	1205	669	7312	



**Stellenentwicklung 1995 - 2019**

Die Zahlen für 1995 - 2009 sind den jeweiligen Haushaltsplänen des Einzelplans 03B entnommen

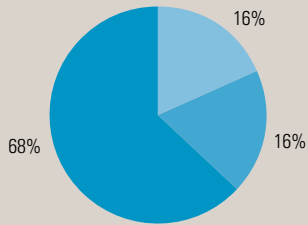
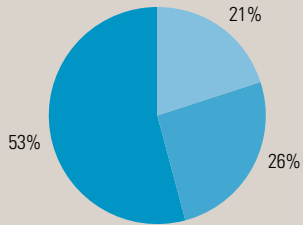
Stellen	13.207	13.129	12.992	12.317	11.865	11.579	11.073	10.851	10.584	10.486	10.084
---------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

1 einschließlich Stellenabbau 2010/2011



Hochbau

Bausausgaben und Baunebenkosten im Staatlichen Hochbau 1



- große Baumaßnahmen
- kleine Baumaßnahmen
- Bauunterhalt

		Bauunterhalt	Kleine Baumaßnahmen (bis 1 Mio. €)	Große Baumaßnahmen (über 1 Mio. €)	Gesamt €
<b>Bund</b>	Bausausgaben	51.682.678	67.891.095	151.832.777	271.406.550
	Baunebenkosten 2				62.099.210
	Dritte (Bund) 3				
	Bausausgaben	14.580.672	14.552.336	20.291.199	49.424.206
	Baunebenkosten 2				4.965.175
	<b>Gesamt</b>		<b>66.263.349</b>	<b>82.443.431</b>	<b>172.123.976</b>
<b>Land</b>	Gesamtausgaben 4	168.293.205	151.584.613	767.694.243	1.087.572.061
	Dritte (Land) 5				
	Gesamtausgaben 4	16.171.307	33.971.865	7.307.543	57.450.715
	<b>Gesamt</b>	<b>184.464.512</b>	<b>185.556.478</b>	<b>775.001.786</b>	<b>1.145.022.776</b>
	<b>Bund + Land</b>	<b>250.727.861</b>	<b>267.999.909</b>	<b>947.125.762</b>	<b>1.532.917.916</b>

- 1 Die Werte in dieser Tabelle sind wegen der unterschiedlichen Zuordnung und Gliederung der Baunebenkosten nicht direkt mit der Tabelle »Bausausgaben und Kostenstruktur im Staatlichen Hochbau« vergleichbar.
- 2 Im Wesentlichen Kosten der Planung und Bauleitung
- 3 z. B. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- 4 Einschließlich der Baunebenkosten, soweit diese nach Haushaltsrecht zum Bautitel gehören.
- 5 z. B. Kurverwaltungen, Öffentlich-Rechtliche Stiftungen

Bausausgaben 1 im Staatlichen Hochbau 2011 nach Regierungsbezirken

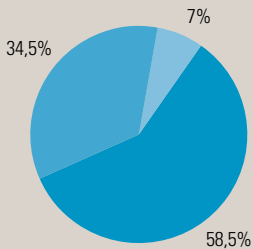
Regierungsbezirk	Bauunterhalt	Kleine Baumaßnahmen (bis 1 Mio. €)	Große Baumaßnahmen (über 1 Mio. €)	Bausausgaben Bund/ Land gesamt, €
Oberbayern	112.038.282	87.402.755	396.919.354	596.360.390
Niederbayern	14.733.948	12.364.282	31.262.454	58.360.684
Oberpfalz	28.308.739	29.491.026	104.201.604	162.001.368
Oberfranken	20.339.438	28.586.257	64.717.724	113.643.419
Mittelfranken	27.445.895	30.925.490	183.657.324	242.028.709
Unterfranken	28.759.566	58.797.503	120.769.058	208.326.128
Schwaben	19.101.993	20.432.597	112.662.628	152.197.217
<b>Summe</b>	<b>250.727.861</b>	<b>267.999.909</b>	<b>1.014.190.146</b>	<b>1.532.917.916</b>

1 einschließlich der Baunebenkosten

Staatlich geförderter Hochbau 2011,

2.786,6 Mio Euro<sub>1</sub>

Bund und Land einschließlich Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II

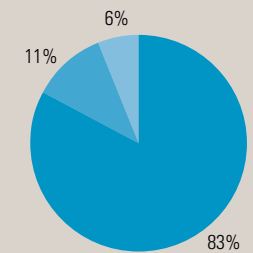


■ Land-Finanzausgleichsgesetz und übrige  
 ■ Land-Krankenhausfinanzierungsgesetz  
 ■ Bund

	in Mio. €	%
Land-Krankenhausfinanzierung	962,4	34,5 %
Land-Finanzausgleichsgesetz und übrige	1.628,9	58,5 %
Bund	195,3	7,0 %

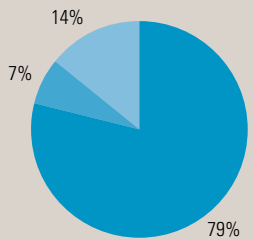
1 Zum geförderten Hochbau zählen beispielsweise Bauprojekte für Schulen oder Krankenhäuser im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) bzw. des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG).

Bausgaben und Kostenstruktur im Staatlichen Hochbau<sub>1</sub>



Große<sub>2</sub> und Kleine Hochbaumaßnahmen

	2010		2011	
	€	%	€	%
Bauausgaben	1.132.700.000	82%	1.102.200.000	83%
Honorare der Architekten und Ingenieure	161.600.000	11%	142.100.000	11%
Sach- und Personalkosten der Bauämter	91.800.000	7%	86.000.000	6%
<b>Summe</b>	<b>1.386.100.000</b>	<b>100%</b>	<b>1.330.300.000</b>	<b>100%</b>



Bauunterhalt<sub>3</sub>

Bauausgaben	270.300.000	82%	238.400.000	79%
Honorare der Architekten und Ingenieure	18.700.000	6%	19.300.000	7%
Sach- und Personalkosten der Bauämter	39.300.000	12%	43.000.000	14%
<b>Summe</b>	<b>328.300.000</b>	<b>100%</b>	<b>300.700.000</b>	<b>100%</b>

Gesamt

Große <sub>2</sub> und Kleine Hochbaumaßnahmen	1.386.100.000	79%	1.330.300.000	81%
Bauunterhalt <sub>3</sub>	328.300.000	19%	300.700.000	18%
Sonstige Kosten <sub>4</sub>	31.700.000	2%	19.000.000	1%
<b>Summe</b>	<b>1.746.100.000</b>	<b>100%</b>	<b>1.650.000.000</b>	<b>100%</b>

■ Bauausgaben  
 ■ Honorare der Architekten und Ingenieure  
 ■ Sach- und Personalkosten der Bauämter

- Die Werte in dieser Tabelle sind wegen der unterschiedlichen Zuordnung und Gliederung der Baunebenkosten nicht direkt mit der Tabelle »Bausgaben und Baunebenkosten im Staatlichen Hochbau« vergleichbar.
- Mit Gesamtkosten von über 1 Mio. Euro.
- Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten
- Kosten von Tätigkeiten, die nicht direkt mit Baumaßnahmen zusammenhängen: z. B. Baufachliche Liegenschaftsbetreuung und Projektentwicklung, Allgemeine Baufachliche Angelegenheiten (Wertermittlungen, Mitwirkung bei Zuwendungsbaumaßnahmen u. a.)

**Vergabestatistik Staatlicher Hochbau 2011**(ohne Vergaben an freiberuflich tätige Architekten,  
Ingenieure und Sonderfachleute)

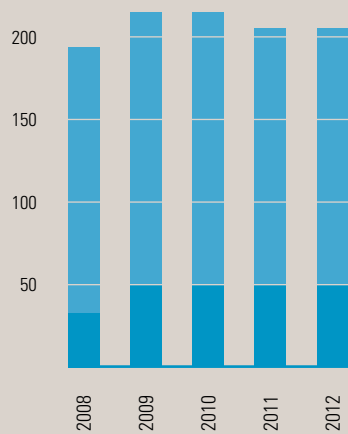
Vergabeart	Nach VOB/A			Nach VOL/A			Summe		
	Land	Bund	Gesamt	Land	Bund	Gesamt			
I. Aufträge ab 10.000 € unterhalb des EU-Schwellenwertes sowie NATO und Gaststreitkräfte	Öffentliche Ausschreibung	1.149	499	1.648	23	9	32	1.680	
	Beschränkte Ausschreibung	1.437	705	2.142	13	10	23	2.165	
	Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb	29	4	33	0	0	0	33	
	Freihändige Vergabe nach Aufhebung	117	34	151	6	0	6	157	
	Freihändige Vergabe mit formloser Angebotsbeziehung	1.025	311	1.336	88	17	105	1.441	
	Freihändige Vergabe ohne Wettbewerb	645	126	771	72	21	93	864	
	NATO-ICB-Verfahren	1	0	1	0	0	0	1	
	Summe 1	4.403	1.679	6.082	202	57	259	6.341	
	oberhalb des EU-Schwellenwertes	Offenes Verfahren	572	27	554	5	1	6	560
		Nichtoffenes Verfahren	9	0	9	0	0	0	9
Verhandlungsverfahren		22	0	22	0	0	0	22	
Summe 2		558	27	585	5	1	6	591	
II. Aufträge unter 10.000 €	< 5.000 €	44.047	9.911	53.957	4.604	681	5.286	59.243	
	5.000 € bis 10.000 €	7.497	695	8.193	2.444	27	2.470	10.663	
	Summe 3	51.544	10.606	62.150	7.048	708	7.756	69.906	
<b>Gesamtsumme (Summe 1 + 2 + 3)</b>	<b>56.505</b>	<b>12.312</b>	<b>68.817</b>	<b>7.255</b>	<b>766</b>	<b>8.021</b>	<b>76.838</b>		

<b>2011 neu begonnene Projekte des Staatlichen Hochbaus (&gt; 5 Mio. €)</b>		<b>Gesamtkosten Mio. €</b>
Staatliches Bauamt Freising	Techn. Universität München; Neubau für das Zentralinstitut für Agrarwissenschaften (Hans-Eisenmann-Zentrum) in Weihenstephan	19,8
	Hochschule Weihenstephan-Triesdorf; Neubau für die Fakultäten Landwirtschaft und Umweltsicherung in Triesdorf, 1. Bauabschnitt (5 Mio. €), 2. Bauabschnitt (12,4 Mio. €)	17,4
	Bundesamt für Strahlenschutz; Neubau Betriebsgebäude	15,3
Staatliches Bauamt Ingolstadt	Hochschule Ingolstadt; Erweiterungsbau für Vorlesungsräume, Büros, Labore und zentrale Einrichtungen (1. Bauabschnitt)	51,0
Staatliches Bauamt München 1	Universität der Bundeswehr München-Neubiberg; Fluchtbalkone für die Wohngruppen	8,5
Staatliches Bauamt München 2	Universität München; Neubau eines Biomedizinischen Zentrums (Zellzentrum sowie Zentral- und Lehrgebäude) in Martinsried	125,0
	Universität München; Neubau für das Partnerinstitut des nationalen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) und Neubau für das Institut für Schlaganfall- und Demenzforschung (CSD)	57,5
	Klinikum der LMU München - Standort Großhadern: Sanierung der Aufzugsanlagen	16,2
	Techn. Universität München; Rück- und Neubau der Institutsgebäude und Sporthallen für die Fakultät für Sportwissenschaften und den allgemeinen Hochschulsport, 1. Bauabschnitt	19,8
Staatliches Bauamt Weilheim	Hochschule für öffentl. Verwaltung und Rechtspflege; Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit Lehrsaaltrakt und bauliche Umsetzung des Abwasserentsorgungskonzepts auf dem staatseigenen Areal des Fachbereichs Finanzwesen in Herrsching, Rauscherstr. 10	14,8
Staatliches Bauamt Landshut	Befreiungshalle Kelheim; Sanierung der Fassade und des Daches	5,3
Staatliches Bauamt Passau	Universität Passau; Errichtung eines Multimediazentrums	5,0
	Hochschule Deggendorf; Erweiterungsbau für die Ausbildungsrichtungen Technik und Wirtschaft sowie für zentrale Einrichtungen	37,6
	Justizvollzugsanstalt Straubing, Neubau eines Hauses für Sicherungsverwahrte	25,0
Staatliches Bauamt Regensburg	Universität Regensburg; Errichtung eines Ausweichgebäudes für die Naturwissenschaften (Beginn der Bauhauptgewerke)	70,2
Staatliches Bauamt Bamberg	Universität Bamberg; Sanierung des Gebäudes Kranen 14 (Rückgebäude) und Austraße 37 (Schwanenhaus) - Institutsgebäude für Archäologie, Bauforschung und Denkmalpflege	6,0
Staatliches Bauamt Bayreuth	Hochschule für angewandte Wissenschaften Hof; Neubau eines Instituts für Informationssysteme	9,5
Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg	Klinikum der Universität Erlangen-Nürnberg; Klinik mit Poliklinik für Kinder und Jugendliche, grundlegende Sanierung mit Erweiterung des Bauteils C	22,5
	Klinikum der Universität Erlangen-Nürnberg; Beschaffung und Aufbau von Ersatz-OP-Containern	7,4
Staatliches Bauamt Nürnberg	Urlas/Katterbach; Neubau US Einkaufszentrum	12,4
	Katterbach-Kaserne; Neubau US Kindergarten	8,5
	Storck-Kaserne Illesheim; Neubau US Kindergarten	6,3
	Bismarck-Kaserne; US Auto-Reparatur-Werkstatt	11,3
Staatliches Bauamt Schweinfurt	Saaleck-Kaserne Hammelburg; Sanierung Abwasserkanäle	8,3
Staatliches Bauamt Augsburg	Justizvollzugsanstalt Augsburg; Neubau einer Justizvollzugsanstalt	100,8
Staatliches Bauamt Kempten	Gymnasium Marktoberdorf; 1. Bauabschnitt: Neubau eines Erweiterungsbaus und Umbau sowie Instandsetzung Atriumbau	16,2

2011 übergebene Projekte des Staatlichen Hochbaus (> 5 Mio. €)		Gesamtkosten Mio. €
Staatliches Bauamt Ingolstadt	Gabrieli-Gymnasium Eichstätt; Neubau einer Sporthalle mit Fachklassentrakt	6,5
Staatliches Bauamt München 1	Landeskriminalamt München; Renovierungs- und Nachrüstmaßnahmen (insbes. Dachgeschossaufstockung, Parkdeck) bei den beiden staats eigenen Anwesen München, Barbarastraße 4	27,4
	Maßnahmen zur Bereitstellung eines Dienstgebäudes zur Neuunterbringung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung mit Rechenzentrum-Süd	50,7
	Deutsches Patent- und Markenamt München; Energetische Sanierung Anlagentechnik	5,4
Staatliches Bauamt München 2	Techn. Universität München; Sanierungs-, Anpassungs-, Brandschutz- und Energiesparmaßnahmen im Stammgelände, Geb. 05 03, Thierschbau, 1. Bauabschnitt	5,4
	Klinikum der LMU München - Standort Großhadern: Erneuerung der Notstromersatzanlage	15,2
	Hochschule für Fernsehen und Film und Museum Ägyptischer Kunst	99,4
	Bayer. Akademie der Wissenschaften; Leibnitz-Rechenzentrum - Erweiterung zum Zentrum für Supercomputing	49,2
	Universität München; Anbau eines Hörsaaltrakts an das Gebäude Oettingenstr. 67	8,1
Staatliches Bauamt Weilheim	Finanzamt Garmisch-Partenkirchen; Neubau eines Dienstgebäudes an der Falkenstraße	13,9
Staatliches Bauamt Passau	Universität Passau; Sanierung der Mensa, 1. Teilbaumaßnahme	5,8
Staatliches Bauamt Landshut	Landesamt für Finanzen Landshut; Neubau eines Dienstgebäudes	39,6
	Justizvollzugsanstalt Straubing; Neubau eines Versorgungszentrums und Erneuerung der Wärmeversorgung	24,2
Staatliches Bauamt Amberg-Sulzbach	Hochschule Amberg-Weiden; Neubau einer Mensa und Erweiterung der Bibliothek, Weiden	6,8
	Truppenübungsplatz Grafenwöhr-Ostlager; Neubau Hotel	20,6
	Truppenübungsplatz Grafenwöhr-Ostlager; Renovierung Geb. 642	13,2
Staatliches Bauamt Regensburg	Universität Regensburg; Neubau eines Verfügungsgebäudes und des Institutsgebäudes für Immobilienwirtschaft	15,9
	Universität Regensburg; Sanierung Gebäudekomplex Philosophie/Theologie, 1. Bauabschnitt	6,8
	Hochschule für angewandte Wissenschaften - Neubau eines Hörsaalgebäudes	8,1
Staatliches Bauamt Bamberg	Hochschule Coburg; Neubau von Hörsälen mit Sanierung des Gebäudes 1	16,6
	Universität Bamberg; Neubau eines Verfügungsgebäudes auf dem Markusgelände, Bamberg	14,5
	Sanierung und Erneuerung des Gemüsebauversuchszentrums in Bamberg	5,0
Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg	Universität Erlangen-Nürnberg; Pathologisch Anatomisches Institut, Umbau und Sanierung	18,9
	Klinikum der Universität Erlangen-Nürnberg; Grundlegende Sanierung des Fernwärmenetzes	10,5
	Klinikum der Universität Erlangen-Nürnberg; Internistisches Zentrum, 2. Bauabschnitt, Medizinische Klinik III und IV, Nuklearmedizinische Klinik, Dermatologische Klinik und Hörsäle	128,8
	Universität Erlangen-Nürnberg; Neubau für die Fächer Mathematik und Informatik einschl. Erschließungsmaßnahmen	46,5
	Universität Erlangen-Nürnberg; Umbau des Gebäudes 4026 des ehemaligen US-Geländes zur Unterbringung der Technischen Fakultät	5,4
	Universität Erlangen-Nürnberg; Umbaumaßnahmen in der Gruppe Chemie und Errichtung eines mit der Gruppe Chemie verbundenen Erweiterungsgebäudes auf dem Erlanger Südgelände zur Unterbringung des Exzellenzclusters „Engineering of Advanced Materials“	14,5
	Universität in Erlangen; Sanierung der Mensa und der Cafeteria im Südgelände	19,6
	Hochschule Nürnberg, Umbau und Sanierung auf dem Stammgelände, 2. Bauabschnitt	28,2
Staatliches Bauamt Nürnberg	Otto Lilienthal-Kaserne Roth; Neubau Instandsetzungsgebäude I	21,7
	Urlas/Katterbach; Neubau Army Hotel	7,9
	Urlas/Katterbach; Neubau US Wohnsiedlung (106 Häuser)	42,5
Staatliches Bauamt Aschaffenburg	Hochschule Aschaffenburg III. Bauabschnitt; Umbau und Sanierung für den Studiengang Mechatronik u. Wirtschaftsingenieurwesen	15,5
	Hochschule Aschaffenburg III. Bauabschnitt; Neubau Gebäude 40 - Mechatronik u. Wirtschaftsingenieurwesen	13,3
Staatliches Bauamt Schweinfurt	Bayernkolleg Schweinfurt; Sanierung des Schul- und des Heimgebäudes	6,4
	Hochschule Würzburg-Schweinfurt; Sanierung für Kompetenzzentrum Mainfranken	13,5

<b>2011 übergebene Projekte des Staatlichen Hochbaus (&gt; 5 Mio. €)</b>		<b>Gesamtkosten Mio. €</b>
<b>Staatliches Bauamt Würzburg</b>	Universität Würzburg; Gesamterschließung der von der Universität zu nutzenden Flächen auf den Leighton-Konversionsflächen, 1. Bauabschnitt	7,9
	Universität Würzburg; Umbau von Gebäuden auf dem Leighton-Konversionsgelände zur Nachnutzung durch die Universität Würzburg (Ausbauplanung), 1. Bauabschnitt	20,6
	Universität Würzburg; Neubau eines zentralen Hörsaal- und Seminargebäudes am Hubland	17,0
	Universität Würzburg; Neubau eines zentralen Praktikumsgebäudes für die Naturwissenschaften am Hubland	11,5
	Universität Würzburg; Ausbau des Theatertraktes für die Teilbibliothek, Wittelsbacher Platz, 1. Bauabschnitt	8,4
	Hochschule Würzburg-Schweinfurt; Neubau für die Ausbildungsrichtungen Gestaltung und Technik in Würzburg	33,0
	Balthasar-Neumann-Kaserne Veitshochheim; Sanierung der Abwasserkanäle	8,5
	<b>Staatliches Bauamt Augsburg</b>	Hochschule Augsburg; Neubau für die Fakultät Maschinenbau
Hochschule Augsburg; Neubau für die Fakultäten Wirtschaft und Informatik auf dem ehemaligen Schüle-Grundstück	18,5	
Hochschule Augsburg, Baumgartnerstrasse; Sanierung Gebäude C der Fakultät Architektur und Bauingenieurwesen	8,0	
Staatliches Bauamt Augsburg; Neubau eines Dienstgebäudes in der Holbeinstraße mit Sanierung der Dienstgebäude Burgkmairstraße und Holbeinstraße	15,3	
Hochschule Augsburg; Sanierung Gebäude E der Fakultät für Elektrotechnik	9,5	
Ulrich-Kaserne Kleinaitingen; Sanierung Unterkunftsbereich BW	8,9	
Ulrich-Kaserne Kleinaitingen; Neubau Lehrsaalgebäude BW	5,1	
NATO-Flugplatz Lechfeld; Neubau Feuerwache/Bruchberg, Typ 3	5,2	
<b>Staatliches Bauamt Kempten</b>	Basilika Ottobeuren; Instandsetzungs- und Restaurierungsmaßnahmen	6,4
	Hochschule Kempten; Neubauten für die Ergänzung der Ausbildungsrichtungen Technik und Sozialwesen	25,8

### Wohnungswesen und Städtebauförderung



Haushaltsmittel für die Wohnraumförderung in Bayern (in Mio. Euro)

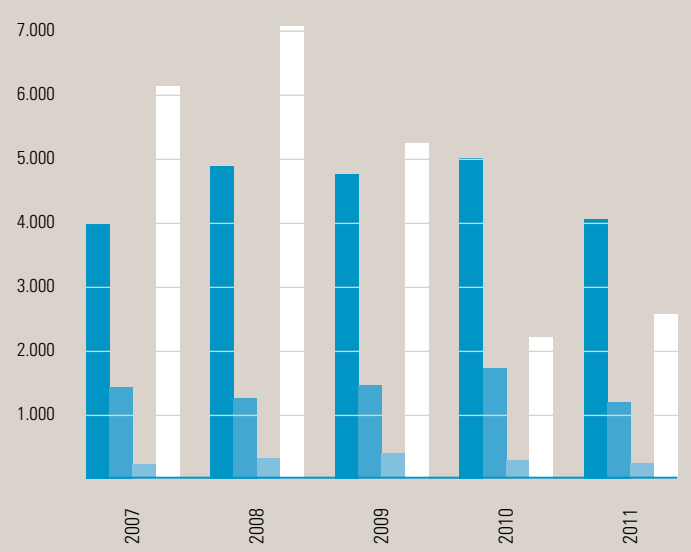
Kategorie	2008	2009	2010	2011	2012
Bundesmittel	33,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Landesmittel	160,5	165,0	165,0	155,0	155,0
Zusammen	193,5	215,0	215,0	205,0	205,0

Bayerisches Modernisierungsprogramm

Jahr	Bewilligte Mittel (in Mio. Euro)
2007	165,1
2008	168,7
2009	175,6
2010	76,2
2011	123,7

Wohngeld in Bayern	Jahr	Ausbezahltes Wohngeld in Mio. Euro	Zahl der reinen Wohngeldempfängerhaushalte	Zahl der Mischhaushalte	Zahl der Wohngeldempfängerhaushalte insgesamt
	2008	69,8	51.716	4.452	56.168
	2009	148,9	82.495	11.933	94.428
	2010	168,2	82.274	17.609	99.883
	2011	136,9	65.000 <sup>1</sup>	10.000 <sup>1</sup>	75.000 <sup>1</sup>
	2012	144,0 <sup>1</sup>	66.000 <sup>1</sup>	11.000 <sup>1</sup>	77.000 <sup>1</sup>

1 Schätzung



Anzahl der Fördermaßnahmen in der Miet-, Eigenwohnraum- und Modernisierungsförderung in Bayern

Kategorie	2007	2008	2009	2010	2011
Eigenwohnungen (Bayer. Wohnungsbauprogramm, Bayer. Zinsverbilligungsprogramm)	3.972	4.870	4.755	5.006	4.047
Mietwohnungen (Bayer. Wohnungsbauprogramm)	1.435	1.258	1.453	1.719	1.192
Heimplätze (Bayer. Wohnungsbauprogramm)	268	392	485	344	291
Modernisierung Mietwohnungen und Heimplätze (Bayer. Modernisierungsprogramm)	6.135	7.075	5.245	2.209	2.575

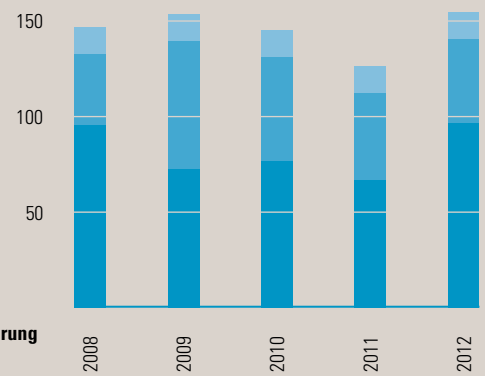
Wohnungsbaugenehmigungen und Wohnungsbaufertigstellungen in Bayern nach Gebäudeart			Wohnungsbaugenehmigungen			Wohnungsbaufertigstellungen		
			Anzahl	Veränd. ggü. Vorjahr in %	Anzahl je 1000 Einw.	Anzahl	Veränd. ggü. Vorjahr in %	Anzahl je 1000 Einw.
Jahr	Gebäudetyp							
2007	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	18.364	-34,8	1,5	24.219	-12,7	1,9	
	Neue Mehrfamilienhäuser	13.407	-25,7	1,1	14.114	-38,5	1,1	
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	4.225	-28,4	0,3	4.702	-20,6	0,4	
	Neue Nichtwohngebäude	863	-10,6	0,1	888	-2,1	0,1	
	<b>Insgesamt</b>	<b>36.859</b>	<b>-30,5</b>	<b>2,9</b>	<b>43.923</b>	<b>-23,7</b>	<b>3,5</b>	
2008	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	17.089	-6,9	1,4	18.882	-22,0	1,5	
	Neue Mehrfamilienhäuser	13.639	1,7	1,1	12.891	-8,7	1,0	
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	3.870	-8,4	0,3	3.711	-21,1	0,3	
	Neue Nichtwohngebäude	455	-47,3	0,0	762	-14,2	0,1	
	<b>Insgesamt</b>	<b>35.053</b>	<b>-4,9</b>	<b>2,8</b>	<b>36.246</b>	<b>-17,5</b>	<b>2,9</b>	
2009	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	18.168	6,3	1,5	16.025	-15,1	1,3	
	Neue Mehrfamilienhäuser	13.453	-1,4	1,1	11.441	-11,2	0,9	
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	3.439	-11,1	0,3	3.366	-9,3	0,3	
	Neue Nichtwohngebäude	579	27,3	0,0	503	-34,0	0,0	
	<b>Insgesamt</b>	<b>35.639</b>	<b>1,7</b>	<b>2,9</b>	<b>31.335</b>	<b>-13,5</b>	<b>2,5</b>	
2010	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	20.863	14,8	1,7	17.558	9,6	1,4	
	Neue Mehrfamilienhäuser	17.099	27,1	1,4	11.807	3,2	0,9	
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	3.771	9,7	0,3	3.274	-2,7	0,3	
	Neue Nichtwohngebäude	683	18,0	0,1	498	-1,0	0,0	
	<b>Insgesamt</b>	<b>42.416</b>	<b>19,0</b>	<b>3,4</b>	<b>33.137</b>	<b>5,8</b>	<b>2,6</b>	
2011	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	23.622	13,2	1,9	20.591	17,3	1,6	
	Neue Mehrfamilienhäuser	22.225	30,0	1,8	17.180	45,5	1,4	
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	5.257	39,4	0,4	3.812	16,4	0,3	
	Neue Nichtwohngebäude	906	32,7	0,1	621	24,7	0,0	
	<b>Insgesamt</b>	<b>52.010</b>	<b>22,6</b>	<b>4,1</b>	<b>42.204</b>	<b>27,4</b>	<b>3,4</b>	

Wohnungsbestand in Bayern

Jahr	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden
1950	1.716.142
1960	2.619.315
1970	3.506.619
1980	4.411.616
1990	4.752.471
2000	5.577.859
2005	5.837.093
2009	5.996.081
2010	6.027.400

Mittel für die Städtebauförderung in Bayern (in Mio. Euro)

	2008	2009	2010	2011	2012
Landesmittel	95,8	72,8	76,4	67,1	96,4
Bundesmittel	37,2	67,0	54,7	45,7	43,7
EU-Mittel	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gesamt	147,0	153,7	145,1	126,8	154,0





**Straßenbau**

**Längenstatistik 2011 der überörtlichen Straßen**

(Stand: 01.01.2011)

	Straßennetz Bundesrepublik Deutschland [km]	Straßennetz Bayern [km]	Längenanteil Bayerns am Straßennetz BRD	Von der Bayerischen Straßenbauverwaltung betreutes Netz [km]
Autobahnen	12.819	2.503	20 %	2.503
Bundesstraßen	39.710	6.527	16 %	6.307
Staatsstraßen	86.598	14.017	16 %	13.594
Kreisstraßen	91.655	18.812	21 %	3.071
<b>Summe</b>	<b>230.782</b>	<b>41.859</b>	<b>18 %</b>	<b>25.475</b>

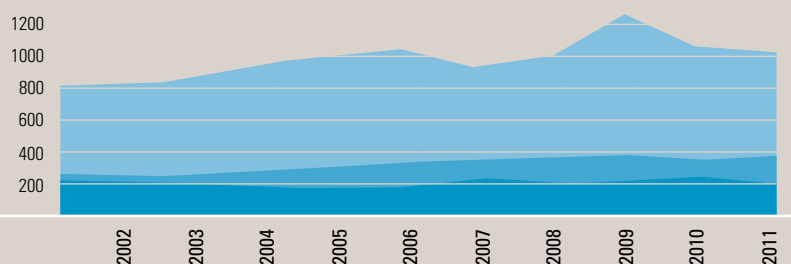
**Verkehrsstatistik 2011 der überörtlichen Straßen**

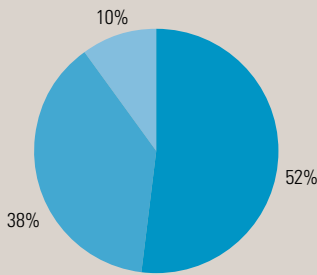
	Verkehrsmengen (DTV) außerorts [Kfz/24h]	Jahresfahrleistung außerorts [Mrd. Kfz-km]	Anteil der Straßenklasse an der Jahresfahrleistung
Autobahnen	47.400	43,3	48 %
Bundesstraßen	9.870	19,9	22 %
Staatsstraßen	3.940	16,1	18 %
Kreisstraßen	1.825	10,3	12 %
<b>Summe</b>		<b>89,6</b>	<b>100 %</b>

**Entwicklung der Straßenbauhaushalte in den letzten 10 Jahren**

(alle Angaben in Mio. Euro)

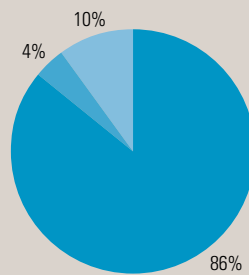
		2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Bundesfernstraßen</b>	Projekte des Bedarfsplans	386	402	473	522	504	438	471	446	466	450
	Sonstiger Um- und Ausbau	91	104	116	103	117	114	112	166	193	147
	Bestandserhaltung	145	116	137	146	175	192	223	402	217	200
	Betriebsdienst	158	158	167	170	184	165	172	187	190	195
	Planung und Bauleitung	25	33	31	30	37	30	33	41	35	29
	<b>Summe</b>	<b>805</b>	<b>813</b>	<b>924</b>	<b>971</b>	<b>1017</b>	<b>939</b>	<b>1011</b>	<b>1242</b>	<b>1101</b>	<b>1021</b>
<b>Staatsstraßen</b>	Projekte des Ausbauplans	72	55	41	61	66	70	87	78	60	49
	Sonstiger Um- und Ausbau	23	20	16	13	18	23	30	33	32	34
	Bestandserhaltung	46	37	40	45	65	74	102	119	96	135
	Betriebsdienst	110	109	111	119	118	104	99	102	111	111
	Planung und Bauleitung	28	27	26	26	27	26	26	27	28	27
	<b>Summe</b>	<b>279</b>	<b>248</b>	<b>234</b>	<b>264</b>	<b>294</b>	<b>297</b>	<b>344</b>	<b>359</b>	<b>327</b>	<b>356</b>
<b>Kommunalstraßenförderung</b>	Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG)	172	171	160	145	154	179	150	161	150	140
	Finanzausgleichsgesetz (FAG)	66	50	44	45	47	58	66	64	94	68
	<b>Summe</b>	<b>238</b>	<b>221</b>	<b>204</b>	<b>190</b>	<b>201</b>	<b>237</b>	<b>216</b>	<b>225</b>	<b>244</b>	<b>208</b>





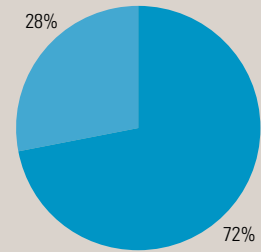
**Betriebsdienst und technische Verwaltung 2011, 429,8 Mio Euro**

- 52 % Straßenbetriebsdienst: Unternehmerleistungen, Sachkosten, Fahrzeuge, Material
- 38 % Straßenbetriebsdienst: Personalkosten
- 10 % Technische Straßenverwaltung: Personal- und Sachkosten



**Straßenbauprojekte 2011, 1.096,0 Mio Euro**

- 86 % Projektinvestitionen (einschließlich Refinanzierung)
- 4 % Honorare für freiberufliche Leistungen €
- 10 % Sach- und Personalkosten



**Gesamtvolumen 2011, 1.525,8 Mio Euro**

- 72 % Straßenbauprojekte
- 28 % Betriebsdienst und technische Verwaltung

**2011 in Bau befindliche Projekte des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen (> 5 Mio. €)**

	Straße	Projektbezeichnung	Baulänge [km]	Gesamtbaukosten [Mio. €]	Jahr der Fertigstellung
<b>Autobahnen</b>	A 3	6-streifiger Ausbau AS Hösbach - Kauppenbrücke	7,3	137,7	2011
	A 3	Erneuerung Haseltalbrücke (inkl. 6-streifige Streckenanschlüsse)	3,1	50,0	2011
	A 3	6-streifiger Ausbau Landesgrenze BW/BY - AS Helmstadt	6,4	45,0	2011
	A 3	6-streifiger Ausbau AS Helmstadt - AD Würzburg-West	4,9	30,1	2011
	A 3	Erneuerung Maintalbrücke Randersacker (6-streifig)	1,0	45,6	2011
	A 3	6-streifiger Ausbau AS Würzburg/Randersacker - AS Rottendorf	7,0	80,4	2011
	A 6	6-streifiger Ausbau Roth - AK Nürnberg-Süd	6,1	119,3	2011
	A 94	Neubau Forstinning - Pastetten	6,3	49,9	2011
	A 3	6-streifiger Ausbau AS Rottendorf - AK Biebelried	3,7	43,0	2012
	A 94	Neubau Heldenstein - Ampfing	4,3	70,4	2012
<b>Bundesstraßen</b>	B 15n	Neubau Saalhaupt (A 93) - Neufahrn	21,6	159,1	2011
	B 23	Ortsumgehung Saulgrub (Bauabschnitt 1)	1,0	4,7	2011
	B 301	Ortsumgehung Au in der Hallertau	5,0	9,5	2011
	B 470	Südümgehung Forchheim	2,8	15,5	2011
	B 4	Ortsumgehung Rödental	5,4	41,1	2012
	B 299	Ortsumgehung Neumarkt-St. Veit	3,7	12,4	2012
	B 304	Nordumfahrung Traunstein (Bauabschnitt 2)	4,5	78,9	2012
	B 472	Ortsumgehung Peißenberg (Bauabschnitt 2)	7,0	62,4	2012
	B 492	Ortsumgehung Brenz - Obermedlingen (bayerischer Anteil)	2,3	5,5	2012
	B 533	Ortsumgehung Schwarzach (Hengersberg)	5,2	24,3	2012
	B 15n	Neubau Neufahrn - Ergoldsbach	7,2	66,1	2013
	B 20	Ortsumgehung Furth im Wald	4,3	68,5	2013
	B 23	Ortsumgehung Garmisch mit Kramertunnel (Bauabschnitt 1: Erkundungsstollen)	5,6	35,0	2013
	B 388a	Neubau B 388 (Fischerhäuser) - FS 44 (Hallbergmoos)	7,2	31,5	2013
	B 472	Ortsumgehung Hohenpeißenberg	5,2	33,5	2015

**2011 in Bau befindliche Projekte des Ausbaus  
für die Staatsstraßen (> 2 Mio. €)**

Straße	Projektbezeichnung	Baulänge [km]	Gesamtbaukosten [Mio. €]	Jahr der Fertigstellung
St 2011	Verlegung bei Sontheim	1,4	2,9	2011
St 2177	Ortsumgehung Kulmain	1,7	3,9	2011
St 2237	Ortsumgehung Sulzkirchen	2,8	2,7	2011
St 2260	Ausbau östlich Röbersdorf (Bauabschnitt 2)	1,8	2,1	2011
St 2260	Erneuerung der Mainbrücke Volkach (PPP)	0,1	10,8	2011
St 2262	Ortsumgehung Treppendorf	2,5	2,7	2011
St 2315	Verlegung bei Marktheidenfeld (Bauabschnitt 2)	1,7	9,1	2011
St 2398	Ausbau nördlich Dieterskirchen	2,0	2,7	2011
St 2400	Ortsumfahrung Schönthal	2,8	7,4	2011
St 2025	Ausbau südlich Lauingen (Bauabschnitt I.2)	3,4	2,4	2012
St 2056	Ortsumgehung Pähl	2,7	5,5	2012
St 2105	Verlegung nördlich Traunstein	0,5	2,6	2012
St 2105	Ausbau nördlich Wiesmühl (Kayer Berg), (Bauabschnitt 1)	1,3	3,3	2012
St 2170	Ausbau bei Lengenfeld	2,8	4,9	2012
St 2245	Ortsumgehung Ammerndorf	2,5	6,0	2012
St 2278	Erneuerung der Itzbrücke und Flutbrücke bei Kaltenbrunn	0,4	2,7	2012
St 2360	Ausbau nördlich Prutting (Bauabschnitt 1)	2,2	3,4	2012
St 3259	Ausbau in Klingenberg mit Erneuerung Mainbrücke (PPP)	0,6	6,0	2012
St 2105	Ausbau bei Weibhausen (Bauabschnitt 2)	2,2	3,5	2013
St 2146	Verlegung nördlich Waldmünchen	3,7	5,9	2013
St 2183	Ausbau nördlich Bindlach mit Beseitigung des Bahnübergang	1,8	9,4	2013
St 2230	Ortsumgehung Zimmern	0,9	3,9	2013
St 2260	Ortsumgehung Aschbach	3,0	3,4	2013
St 2335	Ortsumgehung Lenting/Kösching	4,3	5,3	2013
St 2412	Beseitigung Bahnübergang Petersaurach (Bauabschnitt 1)	2,4	4,4	2013
St 2418	Ortsumgehung Goßmannsdorf mit Mainbrücke	2,6	23,8	2013
St 2066	Ausbau in Tutzing mit Erneuerung der Bahnüberführung	0,5	3,9	2014
St 2112	Ortsumgehung Neukirchen - Godlsham	4,7	11,7	2014

Die Veröffentlichungen der Obersten Baubehörde sind in der Regel über das Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung zu beziehen: [www.verwaltung.bayern.de/portal/by/ServiceCenter/Broschuerenbestellen](http://www.verwaltung.bayern.de/portal/by/ServiceCenter/Broschuerenbestellen)



**6. Energiebericht der Bayerischen Staatlichen Hochbauverwaltung**  
Energieeffizientes Bauen und die verstärkte Nutzung regenerativer Energien sind zentrale Anliegen im staatlichen Bauen. Der 6. Energiebericht der Staatlichen Hochbauverwaltung hat zum Ziel, die Entwicklungen der letzten Jahre zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Neben einer Zusammenstellung der Verbrauchsdaten und -kosten werden dabei wichtige Themen und herausragende Projekte dargestellt.



**Public Private Partnership zur Realisierung öffentlicher Baumaßnahmen in Bayern**

Die bayerische Schriftenreihe zu PPP unterstützt die Kommunen bei ihren Projekten und gibt wichtige Impulse für die Gestaltung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften. Auch die jüngste Veröffentlichung aus dieser Reihe, das Papier „PPP-Vergabeverfahren unter Berücksichtigung Mittelständischer Interessen nach § 97 Abs. 3 GWB“, wurde von der Obersten Baubehörde gemeinsam mit Vertretern von Verwaltung, Verbänden, Banken und der Wirtschaft erarbeitet. Es stellt dar, wie PPP-Projekte mit dem Gebot der Fach- und Teillosvergabe in Einklang gebracht werden können.



**Contracting Initiative Bayern**

Contracting-Maßnahmen sind eine interessante Möglichkeit, um die Anlagentechnik im Gebäudebestand ohne den Einsatz öffentlicher Investitionsmittel zu modernisieren, den Energieverbrauch zu reduzieren und Kosten einzusparen. Um dem Fachanwender die Durchführung von Contracting-Ausschreibungen zu erleichtern, hat die Staatliche Hochbauverwaltung einen Leitfaden Contracting erarbeitet und ins Internet eingestellt. Kurzinformationen können einem Faltblatt entnommen werden.



**Bauen und demographischer Wandel**  
Zweite, erweiterte Auflage 2012  
Siehe auch Seite 12



**Siedlungsentwicklung und Mobilität**  
Siehe auch Seite 30



**Modellvorhaben im Städtebau**  
Arbeitsblätter für die Bauleitplanung – Materialien Nr.9  
Zentrale Handlungsfelder wie demographischer Wandel, Energieeffizienz, Klimawandel oder Flächenmanagement stellen die aktuellen fachlichen Herausforderungen für eine zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung dar. Der Materialienband Nr. 9 widmet sich diesen Themen - veranschaulicht durch modellhafte städtebauliche Untersuchungen und Planungen von Kommunen, die die Bandbreite kommunaler Planungskultur widerspiegeln. Die ausgewählten Projekte zeigen beispielhaft Herangehensweisen und Lösungswege für städtebauliche Planungsaufgaben auf.



**Planungshilfen für die Bauleitplanung**  
Die Planungshilfen für die Bauleitplanung geben aktuelle und praxisnahe Hinweise für die Ausarbeitung und Aufstellung der Bauleitpläne. Sie wenden sich damit in erster Linie an die Gemeinden und die in deren Auftrag tätigen Planungsbüros. Darüber hinaus sollen die Planungshilfen die Mitwirkung der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange bei der Bauleitplanung erleichtern und zur Beschleunigung des Aufstellungsverfahrens beitragen.



**Leitfaden Energienutzungsplan**  
 Ein Energienutzungsplan ist ein informelles Planungsinstrument für Gemeinden zum Thema Energie. Der Leitfaden stellt die Vorgehensweise bei der Erstellung eines Energienutzungsplans zusammenfassend dar.  
 Siehe auch Seite 28



**40 Jahre Städtebauförderung in Bayern – Themenheft 19**  
 Die Städtebauförderung unterstützt die bayerischen Kommunen seit 40 Jahren bei der städtebaulichen Erneuerung. Durch ihre große Anstoßwirkung für Investitionen ist sie zu einem wichtigen, strukturell äußerst erfolgreichen Förderinstrument geworden. Siehe auch Seiten 10/11 und 39



**Modernisieren und sparen**  
 Die größten Energieeinsparpotentiale bei Gebäuden liegen im Bestand. In der Informationsschrift und Wanderausstellung „Modernisieren und sparen“ werden Energieeinsparpotentiale bei bestehenden Wohnhäusern für jedermann verständlich und kompakt dargestellt. Neben der Erläuterung von bauphysikalischen Grundgedanken erhalten Hauseigentümer handfeste Kosten/Nutzen-Kenndaten zu Bauteilen. Die begleitende und immer wieder aktualisierte Ausstellung zur Broschüre wurde seit 2005 bereits an über 65 Standorten in Bayern gezeigt.



**Barrierefreies Wohnen – mehr Wohnwert im Alltag**  
 Die Veröffentlichung macht auf die barrierefreie Gestaltung der wichtigsten Bereiche eines Wohnhauses aufmerksam und vermittelt auf Grundlage der neuen Bestimmungen der DIN 18040 Teil 2 (Barrierefreie Wohnungen) bauliche Lösungsvorschläge in anschaulichen Zeichnungen.



**Wohnen – Neue Architektur für den demographischen Wandel - Wohnmodelle Bayern**  
 Die demografische Entwicklung berührt alle Bereiche unserer Gesellschaft. Auch für den Wohnungsbau ist die Veränderung der Altersstrukturen eine zentrale Herausforderung. Die zum gleichnamigen Buch (2011 im Callwey-Verlag erschienen) erarbeitete Wanderausstellung zeigt 26 Projekte aus den Modellvorhaben des Experimentellen Wohnungsbaus mit innovativen Konzepten und unterschiedlichsten Lösungsansätzen zum Wohnen im Alter. Die Ausstellung wurde bisher an 7 Standorten innerhalb und außerhalb Bayerns präsentiert.



**Radverkehrshandbuch „Radland Bayern“**  
 Das Radverkehrshandbuch „Radland Bayern“ dient als Kompendium, das die Themen zur Radverkehrsförderung zusammenhängend und übersichtlich darstellt. Es soll allen Entscheidern und Handlungsträgern der öffentlichen Hand sowie privater Einrichtungen, die sich für den Radverkehr engagieren, als Nachschlagewerk dienen. Mit der weit über die Grenzen Bayerns reichenden Aufmerksamkeit und Anerkennung, die es bereits im ersten Jahr gefunden hat, kennzeichnet es einen Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Fahrradkultur im Freistaat Bayern.



**Unfallhäufungen auf Landstraßen**  
 Die bayerischen Unfallkommissionen haben seit dem Jahr 2000 fast 3000 Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf Landstraßen realisiert. Mit einer neu entwickelten, standardisierten Erfolgskontrolle wurde die Wirksamkeit dieser Sicherheitsmaßnahmen überprüft. Die Ergebnisse sind in einem Kompendium mit vielen Bildbeispielen verständlich und praxisnah zusammengefasst. In der alltäglichen Arbeit der Unfallkommissionen soll das Kompendium helfen, im Bereich von Unfallhäufungen besonders bewährte und wirtschaftliche Abhilfemaßnahmen auszuwählen.

## Abbildungsnachweis

- Cover Foto: Thomas Friedl
- 40 Jahre Städtebauförderung in Bayern  
 S 10-1 Foto: Stadt Regensburg  
 S 10-2 Foto: Stadt Regensburg  
 S 11-3 Foto: Stadtplanungsamt Bamberg  
 S 11-4 Abbildung: Staatliche Graphische Sammlung München, Inv.-Nr. 26993 Z
- Gestalten für Alle  
 S 13-1 Wiedergegeben mit Erlaubnis des DIN Deutsches Institut für Normung e. V. Maßgebend für das Anwenden der DIN-Norm ist deren Fassung mit dem neuesten Ausgabedatum, die bei der Beuth Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin, erhältlich ist.  
 S 14-1 Foto: Schober Architekten, München  
 S 14-2 Foto: Florian Schreiber, München  
 S 14-3 Foto: Henning Koepke, München  
 S 15-1 Foto: Johann Prossel, Nürnberg  
 S 15-2 Foto: Thomas Zech, Nürnberg  
 S 16-1 Foto: Staatliches Bauamt Regensburg  
 S 17-1 Foto: Staatsbauverwaltung
- Hochbau  
 S 18 Foto: Engelhardt / Sellin, München  
 S 20-1 Foto: Jens Weber, München  
 S 21-1 Perspektive: Staatliches Bauamt Traunstein  
 S 21-2 Perspektive: Bogevischs Büro Architekten und Stadtplaner GmbH  
 S 21-3 Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag, Fotograf Rolf Poss  
 S 22-1 Foto: Stefan Hanke, Sinzing  
 S 22-2 Foto: Herrmann Rupp, Kempten  
 S 23-1 Foto: Prof. Dieter Leistner, Würzburg  
 S 23-2 Foto: Sascha Michel, StBA Erlangen-Nürnberg  
 S 24-1 Foto: Ateliers XPO Michael Aust GmbH, Bamberg  
 S 25-1 Foto: Herrmann Rupp, Kempten  
 S 25-2 Foto: Rolf Sturm, Landshut  
 S 25-3 Foto: Herbert Stolz, Regensburg
- Recht, Planung und Bautechnik  
 S 26 Foto: Helmut Krämer, OBB  
 S 29 Bildquelle: Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik, Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Gerhard Hausladen, Technische Universität München, Leitfaden Energienutzungsplan, S. 19, Hrsg. StMUG, StMWIVT, OBB  
 S 30 Bildquelle: Büro Gertz Gutsche Rümenapp, Hamburg, Arbeitsblätter für die Bauleitplanung, Materialien Nr. 8, Siedlung und Mobilität, S. 28, Hrsg. OBB
- S 31 Bildquelle: Büro Gertz Gutsche Rümenapp, Hamburg, Arbeitsblätter für die Bauleitplanung, Materialien Nr. 8, Siedlung und Mobilität, S. 13, Hrsg. OBB  
 S 32-2 Foto: Annette Kastner, OBB  
 S 33-1 Foto: Christine Dierenbach, Stadt Nürnberg  
 S 33-2 Foto: Dr.-Ing. Gerhard Rustler, OBB  
 S 33-3 Foto: Dr.-Ing. Gerhard Rustler, OBB
- Wohnungswesen und Städtebauförderung  
 S 34 Foto: Hirner und Riehl Architekten, München  
 S 36-1 Foto: Florian Schreiber, München  
 S 36-2 Foto: Gericke Gestalter, Waiblingen  
 S 37-3 Foto: Maier Neuberger Architekten, München  
 S 37-4 Foto: Oliver Seischab, OBB  
 S 37-5 Foto: Katharina Frtus, ROB  
 S 38-1 Foto: Jäcklein, Volkach  
 S 39-1 Foto: Regierung von Unterfranken  
 S 40-1 Foto: Stadtplanungsamt Weiden, Anton König  
 S 40-2 Foto: Nicolas Weppert, Schweinfurt  
 S 41-1 Foto: Ateliers XPO Michael Aust GmbH, Bamberg
- Straßenbau  
 S 42 Foto: Hajo Dietz Luftbild, Nürnberg  
 S 44-1 Foto: Staatsbauverwaltung  
 S 44-2 Foto: Tom Kohues, Fürstenfeldbruck  
 S 45-1 Foto: tEXtBILDtON / Schumann, Kösching  
 S 46-1 Foto: Staatsbauverwaltung  
 S 47-1 Foto: Luftbildverlag Hans Bertram GmbH, Memmingerberg  
 S 47-2 Foto: Tom Kohues, Fürstenfeldbruck  
 S 48-1 Foto: Staatsbauverwaltung  
 S 49-1 Foto: Jonas Miller Fotografie, Uffenheim
- Daten und Fakten  
 S 50 Foto: Staatsbauverwaltung
- Alle anderen Abbildungen:  
 Bayerische Staatsbauverwaltung

## Impressum

Herausgeber:  
Oberste Baubehörde  
im Bayerischen Staatsministerium des Innern  
Franz-Josef-Strauß-Ring 4  
80539 München  
<http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/>

Verantwortlich:  
Axel Lehmann

Gestaltung:  
design stauss grillmeier, partnerschaft  
Tattenbachstraße 16  
80538 München

Lithografie:  
Johann Grasser, Oberschleißheim

Druck:  
Holzmann Druck GmbH & Co. KG, Bad Wörishofen

München, Juni 2012

